Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 45 Pfg. vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 40 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreis:
Die 6gespaltene Petitzeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr 23 | Danzig, Sonnabend den 8. Juni 1918 | 9. Jahrgang

Das baltische Problem

Im Vordergrund des politischen Interesses stehen augenblicklich die russischen Randländer Lettland und Livland, auf die unsere Annexionisten ihr Auge geworfen haben. Wir bringen nachstehend zwei Artikel von Genossen, die über die Verhältnisse in den Ländern orientiert sind.

Die lettische Frage

Ein lettischer Genosse schreibt dem „Vorwärts“: Selten wohl ist eine nationale Frage so einfach gewesen wie die lettische. Daß aber diese Frage in den Zusammenhängen der ganzen Politik der Ostprobleme eine unklare Stellung erhalten hat, läßt sich nur dadurch erklären, daß Interessen bei dieser Frage im Spiele sind, die geradezu auf eine Verdrehung und Mißgestaltung dieser wichtigen Teilfrage des Ostproblems hindrängen. Unter diesen Interessen stehen an erster Stelle diejenigen des deutsch baltischen Großgrundbesitzes, für den es natürlich von Wichtigkeit ist, eine möglichst enge Angliederung des ganzen baltischen Landes an Preußen zu erreichen. Aus diesen Kreisen sind denn auch die eifrigsten Versuche gemacht worden, die Verhältnisse des lettischen Landes so darzustellen, als ob das lettische Volk ganz unmündig wäre und für eine eigene Staatspolitik gar nicht in Frage komme. Man hat wiederholt in alldeutschen Auslassungen lesen können, daß die Letten ein Volk von Analphabeten seien.

Wenn etwas sehr leicht zu widerlegen ist, so sind es derartige Behauptungen. Man braucht nur einige Vergleichszahlen anzuführen, um eines anderen überzeugt zu werden. Nicht weniger als 95 Prozent sind selbst in den Landkreisen lesekundig. Im Jahre 1910 hatte Lettland nicht weniger als 99 Mittelschulen mit 22 000 Schülern. In derselben Zeit gab es in Bulgarien bloß 25 Mittelschulen, in Rumänien 75, in Griechenland 40. Die Zahl der lettischen Studenten an verschiedenen Hochschulen betrug im Jahre 1913 nicht weniger als 1850, während Schweden in derselben Zeit nur 1200 zählte, Norwegen 1400, Dänemark 1460. Diese Zahlen sprechen eine sehr deutliche Sprache. Ein Volk, das bereits über eine gute Elementarbildung verfügt, in einigen Jahrzehnten es vermocht hat, eine starke Intelligenz zu entwickeln — deren Vertreter in ganz Rußland Beschäftigung finden —, kann wohl nicht weniger reif zur staatlichen Tätigkeit sein, als jedes andere Volk. Soweit also die lettische Frage bezw. die Frage der Bildung eines lettischen Staates von der kulturellen Vorbereitung dieses Volkes abhängig gemacht werden darf, kann wohl kein logischer Einspruch gegen eine derartige Entwicklung zu einem lettischen Nationalstaat erhoben werden.

Nicht selten hört man auch, ein staatlich organisiertes Lettland wäre ein undenkbarer Kleinstaat. Auch dieses trifft gleichsfalls nicht zu. Denn Lettland umfaßt im ganzen 63 076 Quadratkilometer, Belgien 29 454, Holland 34 186, Dänemark 38 969. Von den deutschen Bundesstaaten sind lediglich Bayern und Preußen größer als das lettische Land. Auf dem Territorium dieses Landes lebt eine kompakte lettische Nationalität. Auf dem Lande übersteigt sie sogar 95 Prozent. Die deutsche Bevölkerung bildet in diesem Gebiet einen sehr geringen Prozentsatz; im ganzen sind es nicht mehr als etwas über 120 000, von denen gegen 100 000 in den Städten Riga, Libau und Mitau leben. Bezeichnend ist es, daß in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Deutschen sowohl absolut als relativ abgenommen hat. Will man also bei der Neuordnung der baltischen Verhältnisse staatlich und völkisch einheitliche Gebilde schaffen, so ist es für die staatswissenschaftliche Auffassung wohl ohne weiteres klar, daß das lettische Land sehr wohl zu einer staatlichen Ausgestaltung die nötige Grundlage bietet.

In sozialer Hinsicht und insbesondere in der Besitzverteilung spaltet sich aber Lettland in zwei scharf geschiedene Gruppen: Auf der einen Seite die Letten mit dem lettischen Kleingrundbesitz, dem lettischen Bürgertum und der lettischen Arbeiterschaft, auf der anderen der noch stark extensiv wirtschaftende Großgrundbesitz, mit Gütern, die die Größe der Ostelbischen weit übersteigen. Dieser Latifundienbesitz ist das wirtschaftliche Fundament der heißen Angliederungsbestrebungen, die durch falsche Vorspiegelungen auf die Verpreußung Lettlands und Estlands hinarbeiten. Gegen diese Bestrebungen treten die beiden Völkerschaften — sowohl Letten als auch Esten — geschlossen auf. Ihr Standpunkt wird klar in verschiedenen Beschlußfassungen der größten Parteien dargelegt und es ist kein Geheimnis auch in Deutschland mehr, daß die Letten und Esten mit nur geringen, kaum in Betracht kommenden Ausnahmen für die handelspolitische und völkerrechtliche Neutralisierung Lettlands und Estlands eintreten. Dem Reichskanzler ist vor kurzem eine Denkschrift der Exekutive des lettischen Nationalrats, der die Vertretung aller lettischen Parteien bildet, übersandt worden, in welcher der bezeichnete Standpunkt eine ausführliche Begründung findet. Es dürfte sehr zu wünschen sein, daß man die wahren Volksbestrebungen des lettischen Landes in Deutschland kennen lernt und sie vorurteilslos prüft. Man würde fehlgehen, wenn Versuche gemacht werden sollten, das baltische Problem anders zu lösen, als wie es die baltischen Völker selbst wünschen. Eine Lösung, die das baltische Land zu einem Anhängsel ostelbischen Junkertums machen wollte, dürfte nur weitere Verwicklungen und Reibungen erzielen und in keiner Weise das baltische Problem aus der Welt schaffen. Ein Fehler wäre es auch, zu meinen, daß es sich bei diesem Problem um den Schutz des Deutschtums in den baltischen Provinzen handelt. Der Schutz der Minorität in einem Lande kann durch staatliche Rechtsgarantien geschaffen werden, und auch das lettische Staatsvolk würde gegen eine derartige staatsrechtliche Garantie nichts einzuwenden haben.

Estland

Der estländische Sozialdemokrat Martna hat dem Kopenhagener Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ seine Auffassung über die staatliche und wirtschaftliche Neugestaltung seiner Heimat dargelegt und dabei u. a. folgendes ausgeführt:

Die estnischen Selbständigkeitsbestrebungen sind in der heutigen Gestalt ziemlich jung. Die russische Macht erschien so stark, daß an eine staatliche Unabhängigkeit nicht zu denken war. Der Gedanke an eine Autonomie tauchte zuerst während der Revolution von 1905 auf; sie wurde von der russischen Provisorischen Regierung am 12. April 1917 tatsächlich zugestanden und dadurch verwirklicht, daß am 14. Juli der estnische Landtag in Reval zusammentrat und eine von ihm gewählte Landesregierung die Verwaltung übernahm. Die Grenzen waren eher zu eng gezogen, so daß man über die Autonomie hinaus die Selbständigkeit forderte, aber als ein Glied einer russischen Bundesrepublik. Erst als das Zustandekommen dieser Föderation sich verzögerte und die Möglichkeit einer deutschen Besetzung näherrückte, wurde die Forderung nach völliger Selbständigkeit allgemein. Wenn Estland an Deutschland angegliedert würde, müßte in Rußland eine Revanchepolitik auftreten; ein selbständiges, neutrales Estland dagegen würde Rußland den Weg zur Ostsee offen lassen. Diese Neutralität müßte von allen Großmächten garantiert werden. Russische Revanchegelüste würden dann durch die Rivalität der Mächte im Zaum gehalten.

Einen engeren Anschluß an Deutschland wünschen nur Teile des Adels und des deutschen Bürgertums, dem sich verschwindend kleine Teile der besitzenden estnischen Klassen beigesellen. Der Adel macht etwa 0,5 Prozent der Bevölkerung aus, die Deutschen, einschließlich des Adels, etwa 5 Prozent. Aber nur ein Teil der deutschen Bevölkerung wünscht eine Intervention des Deutschen Reiches.

Nach der russischen Revolution gaben auch die konservativsten Elemente die früheren Einrichtungen als unhaltbar auf. Vertreter des baltischen Adels nahmen an der Ausarbeitung des Autonomiegesetzes vom 12. April teil und hießen es gut, die Organe des Adels übergaben ihre Funktionen, Kassen und Vermögen dem neuen Landtag und seinen Organen. Daß die deutsche Bürgerschaft mit der Neuordnung einverstanden war, geht daraus hervor, daß sie den Rechtsanwalt von Bock in den Landtag wählte. Vermutlich änderten die Deutschen ihren Standpunkt, als sie hoffen durften, auf Grund der militärischen Lage ihre durch die Revolution eingebüßte Stellung wieder zu erlangen.

Eine Angliederung Estlands an Deutschland würde nicht nur Rußland zur Wiedereroberung des Landes anreizen und damit Estland zum Herd höchst ernster Verwicklungen machen, sondern auch im Innern den nationalen Kampf heraufbeschwören, da die deutschen Nationalisten eine Germanisierungspolitik versuchen würden, die das estnische Volk als unerträglich empfinden müßte. Die Bevölkerung zählt etwa anderthalb Millionen, wovon 90 Prozent Esten, 5 bis 6 Prozent Deutsche, 3 Prozent Prozent Russen, einige Tausend Schweden, Juden usw. Außerdem leben etwa 400 000 Esten in verschiedenen Kolonien über ganz Rußland zerstreut. Die ungünstigen Agrarverhältnisse begünstigten die Auswanderung. Etwa sechs Zehntel des Bodens gehört Großgrundbesitzern, auf dem Bauernland lasten schwere Hypotheken, die meist den Junkern und ihren Agrarbanken gehören. Wenn in Rußland eine revolutionäre Lösung der Bodenfrage durchgeführt werden kann, kommt Estland in noch größere Bedrängnis. Die russische Landwirtschaft würde nämlich, wenn sie die kapitalistische Bodenrente abschütteln könnte, noch billiger als bisher produzieren, was ihre Konkurrenz noch unerträglicher machen würde. Die Lösung der estnischen Bodenfrage ist auf jeden Fall sehr schwierig.

Das Verhältnis Estlands zu den übrigen Grenzvölkern Rußlands, vor allem zu den an sein Gebiet anstoßenden Letten und Finnen, ist durch eine gemeinsame Jahrhunderte alte Geschichte bestimmt. Von den Letten aber trennt die Esten die sprachliche Fremdheit, zum Teil auch psychologische Unterschiede, was eine staatliche Gemeinsamkeit erschweren würde. Sollte sie jedoch unvermeidlich sein, so muß ein Modus gefunden werden, der beiden Völkern gerecht wird und jedem die Möglichkeit eines eigenen politischen Lebens gibt. Von den sprachlich nahe verwandten Finnen sind die Esten durch den Finnischen Meerbusen und die russische Siedelung in Ingermanland (Petersburg) getrennt. Die beiden Völker sind aber durch lebhafte Sympathien miteinander verbunden. Auch eine staatliche Annäherung wäre durchaus möglich und erwünscht, so z. B. eine Vereinbarung über die Konsularvertretung, eine Münzkonvention usw. Zu allen übrigen Grenzvölkern stehen die Esten in durchaus guten Beziehungen, so daß auch eine politische Annäherung an diejenigen, die sich selbständig staatlich organisieren werden, möglich erscheint. Auch der Gedanke einer nordischen Föderation findet in Estland Anklang, doch kann er erst dann festere Formen annehmen, wenn die neu sich bildenden Staaten über ihr erstes Werbestadium hinausgekommen sind.

Die Gefahr einer bolschewistischen Entwicklung der inneren Politik Estlands ist nicht groß. Zur Entstehung einer großen Industrie fehlen alle Voraussetzungen, die Landbevölkerung aber ist nirgends eigentlich revolutionär gesinnt. Wenn eine einigermaßen befriedigende Lösung der Agrarfrage gefunden würde, wie die bürgerlichen Parteien hoffen, so wäre die Schicht der zufriedenen Bauern noch größer. Die estnische Republik würde voraussichtlich das Aussehen einer kleinbürgerlichen Demokratie gewinnen, in der die Vertreter des Großgrundbesitzes eine bedeutende Rolle spielen würden.

Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes kann die Ausbeutung der großen Torfmoore, die Nutzung des reichlich vorhandenen Kalksteines, der Tonlager und der ausgedehnten Wälder wichtig werden. Die schon vor dem Krieg bedeutende Ausfuhr von Butter dürfte in Zukunft noch steigen.

Reichstag und Belagerungszustand

Sitzung vom 4. Juni 1918

Am Bundesratstisch: Graf Hertling, von Payer, von Krause, Dr. Wallraf.

Vizepräsident Dr. **Paasche** eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen Präsidenten Dr. Kämpf.

Das Haus hatte sich von den Plätzen erhoben.

Reichskanzler Dr. Graf von Hertling:

Der schwere Schlag, der den Reichstag durch den Tod des hochverehrten Präsidenten betroffen hat, wird von den verbündeten Regierungen aufs schmerzlichste mitempfunden. Ich beehre mich, das Gefühl aufrichtigster Teilnahme hiermit auszudrücken. Der Verewigte war ein Mann von großen Gaben des Geistes und des Herzens, vielseitiger Bildung und vielgestaltigen Interessen. Er war vor allem ein Mann der Arbeit und der Pflicht. Berufen, in großer Zeit an der Spitze dieses Hauses zu stehen, hat er des hohen Amtes mit ebenso großer Umsicht wie Unparteilichkeit gewaltet, unermüdlich, bis ihn eine schwere Krankheit abrief und endlich der Tod ihn von seinem Schmerzenslager erlöste. Sein Andenken wird in Ehren bleiben. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Paasche** gedenkt sodann mit Dank und Anerkennung der unvergleichlichen Leistungen der Truppen. Unsere eiserne Mauer bewegt sich zum Staunen der Welt vorwärts. Die siegreichen Truppen stehen bereits an der Marne, wo sie bei Kriegsbeginn, unbesiegt durch Feindesmacht, aber gezwungen durch die Verhältnisse in die Verteidigungsstellung zurückwichen. Wir brauchen ein solches Zurückweichen nicht mehr zu befürchten. Die Marne wird nicht wieder den Wendepunkt bilden, nachdem wir im Osten freie Hand bekommen haben. Gewiß sind schwere Opfer notwendig, aber im Volk lebt das Bewußtsein, daß die Schuld des Blutvergießens nicht uns trifft, sondern die Feinde, die immer wieder die Friedenshand zurückweisen. Wir hoffen, daß bald die entscheidende Schlacht fällt und ein ehrenvoller Friede herbeigeführt wird. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen kurze Anfragen.

Eine Anfrage des Abg. **Peirotes** (Soz.) beantwortet

General **von Wrisberg**: Die Urlaubssperre für Elsaß-Lothringen war durch die Urlaubssperre für die gesamte Westfront bedingt. **Die allgemeine Sperre ist aufgehoben.** Die Beurlaubung nach Elsaß-Lothringen wird nur solchen Mannschaften verweigert, die politisch unzuverlässig sind.

Es folgt die Beratung des Ausschußberichts über den

Belagerungszustand und die Zensur.

Abg. **Rechenberg** (Ztr.):

Die Zensur wirkt nicht unparteiisch. Annexionen dürfen frei gefordert werden, der gegenteiligen Meinung wird nicht die gleiche Bewegungsfreiheit gewährt.

Das Schutzhaftgesetz ist lückenhaft.

Die „Vaterlandspartei“ wird von den Militärstellen einseitig begünstigt.

Der Reichskanzler muß Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle werden gegenüber der Handhabung der Zensur und des Versammlungsrechts.

Sozialdemokratie und Belagerungszustand

Abg. **Bauer** (Sozialdemokrat):

Der Grundsatz „Ich kenne keine Parteien mehr!“ wird von einem erheblichen Teil der Militärbehörden nicht beachtet. Alle Beschwerden über die Art wie der Belagerungszustand von ihnen gehandhabt wird, haben nichts geholfen, im Gegenteil, es ist immer schlimmer geworden.

Die Militärgewalt stellt sich in den Dienst gewisser reaktionärer und eroberungslüsterner Kreise. Die Geschichte der „Vaterlandspartei“ ist ein wenig ruhmreiches Kapitel für unsere Militärbehörden.

Die Art, wie sie zu ihren Gunsten parteiisch verfahren, hat mit Recht Entrüstung im Volke ausgelöst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Während der „Vaterlandspartei“ die größten Versamm-

lungen gestattet wurden, wurde z. B. eine Versammlung, die die sozialdemokratische Partei im Zirkus Busch als Vereinsversammlung abhalten wollte, nachdem sie zunächst genehmigt war, einen Tag vor Stattfinden der Versammlung verboten, nachdem dies Verbot im Abgeordnetenhause von den Reaktionären gefordert worden war. Das Verbot erfolgte unter der Begründung, es handle sich nicht um eine wirkliche Mitgliederversammlung. **Der „Vaterlandspartei" aber erlaubt man sogar ständig Gäste zu ihren Vereinsversammlungen einzuladen.** Versammlungen, die sich mit dem preußischen Wahlrecht beschäftigen, werden in einigen Generalkommandobezirken unterschiedslos verboten. Dabei wird die Erregung im Volke durch das Verhalten der Wahlrechtsfeinde im Landtag hervorgerufen, nicht aber durch die Versammlungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

So wird die Stimmung immer gereizter, weil das Volk sehen muß, daß die Regierung gegenüber den ungeheuren Provokationen der Dreiklassenmänner versagt.

Die Regierung hat nicht den Mut aufgebracht zu der erlösenden Tat der Auflösung des Abgeordnetenhauses. Diese Tat würde eine wunderbare Einigung in den weitesten Schichten des preußischen und des deutschen Volkes hervorrufen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sehr parteiisch erfolgen auch die Verbote der Zeitungen für Angehörige der Armee.

Man ist sehr besorgt um das Wohl der Soldaten, es soll alles von ihnen fern gehalten werden, was nicht den Auffassungen der „Vaterlandspartei" entspricht

Die Veröffentlichungen der „Vaterlandspartei" aber werden in Masse durch die Vorgesetzten selbst in der Armee verbreitet. In einem Geheimzirkular eines kommandierenden Generals heißt es: Das Verbot des „Vorwärts" habe bisher nicht erwirkt werden können. Das schließe aber nicht aus, daß die Zeitungen gehörig durchgesehen und nötigenfalls zurückgehalten würden.

(Hört! Hört!) Auf Beschwerde beim Kriegsminister kam der Bescheid, ein solcher Befehl existiere nicht. **Das ist wörtlich richtig,** denn es wird in dem Rundschreiben nur eine „Empfehlung" ausgesprochen. Daß aber auch weitergehende Anordnungen bestehen, geht aus einem Bescheid des Feldpostamts 725 an das Postzeitungsamt hervor in Verfolg einer Beschwerde von Soldaten, die den „Vorwärts" bestellt und nicht erhalten hätten. In diesem Bericht des Feldpostamts heißt es:

„Die Zeitungen gehen jetzt mit richtiger Auffassung regelmäßig hier ein, die Aushändigung des „Vorwärts" an die im Felde stehenden Bezieher ist jedoch wenigstens im hiesigen Bereich, durch militärische Anordnung bis auf weiteres untersagt worden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) So sieht die unterschiedslose Behandlung der Parteien aus, und so kann man sich auf Beschwerde des Kriegsministeriums verlassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Solange in Versammlungen nicht Aeußerungen fallen, die mit den Staatsgesetzen in Widerspruch stehen oder eine ganz gröbliche Verletzung der Interessen des Landes bedeuten, sollte man jeder Richtung die freie Meinungsäußerung lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und was das Hilfsdienstgesetz anlangt, so ist die Hauptsache, dafür zu sorgen, daß es in dem Geiste angewandt wird, in dem es erlassen ist und das den berechtigten Beschwerden der Arbeiter über seine Handhabung nachgegeben wird. Dann würden alle Angriffe gegen das Hilfsdienstgesetz ohne Eindruck bleiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In einem Erlaß des Kriegsministers ist auch davon die Rede, daß der rechtsstehende Teil der Arbeiterschaft von den linksstehenden Sozialdemokraten nicht angegriffen werden dürfe. **Das ist ein wahrer Bärendienst, den die Militärbehörden uns Sozialdemokraten erweisen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am schlimmsten ist aber die Art, wie die Pazifisten (Friedensfreunde) behandelt werden. Man verfolgt die Angehörigen der pazifistischen Organisationen, macht ihnen jedes öffentliche Auftreten unmöglich, überwacht ihren Briefverkehr.

Ein solches Vorgehen ist unwürdig und muß um so empörender wirken, wenn man sieht, wie auf der anderen Seite die grenzenlose Verleumdungscampagne der Alldeutschen gegen Mitglieder des Reichstages und gegen andere Parteien ohne Einschränkung fortgesetzt werden kann.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am schlimmsten treibt es das stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps in Schlesien. Oeffentliche Versammlungen sind dort seit Monaten überhaupt verboten, selbst die einfachsten Mitgliederversammlungen werden überwacht. Dort ist auch verboten, in Versammlungen Mitglieder für die sozialdemokratische Partei zu werben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

So sind wir glücklich wieder bei den Methoden des Sozialistengesetzes angelangt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die „Vaterlandspartei" darf ungestört geworben werden, und in Breslau durfte der Abg. Wildgrube politische Reden mit heftigen Angriffen halten. — Auch die Berichterstattung vom Würzburger Parteitag wurde in Schlesien in einem sozialdemokratischen Verein verboten mit der geistreichen Begründung, es könnten dabei politische Angelegenheiten zur Sprache kommen. (Heiterkeit und Hört! Hört!)

Mir als Abgeordneten ist es vollständig unmöglich gemacht, mit meinen Wählern irgendwie in Verbindung zu kommen, es wird mir jede Versammlung verboten. Dieses Vorgehen des stellvertretenden Generalkommandos ist Parteipolitik der schlimmsten Art und ein unerhörter Mißbrauch seiner Macht, gegen den der Kriegsminister die Pflicht hätte, einzuschreiten.

Ganz besonders unerfreulich ist auch das Kapitel der Behandlung der polnischen Arbeiter in Deutschland auf Grund des Belagerungszustandes. Jeder Eintritt zum Landarbeiterverband wird dem polnischen Arbeiter z. B. verboten.

Den Gewerkschaften ist verboten, polnische Arbeiter und Arbeiterinnen irgendwie zu unterstützen, wenn sie die Arbeitsstelle wechseln wollen.

Dadurch zwingt man die polnischen Arbeiter, die entlassen werden, zurzeit arbeitslos zu bleiben. (Hört! Hört!) **Mitglieder des Landarbeiterverbandes werden von Gendarmerieposten belästigt. Die herausbekommen wollen, ob Polen Mitglieder des Landarbeiterverbandes sind.** Dieses Vorgehen gegen die hilflosen polnischen Arbeiter ist nicht geeignet, das Ansehen Deutschlands im Auslande zu stärken und ist um so unverständlicher, da sie nach den offiziellen Kundgebungen mit dem polnischen Reich eng befreundet sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Was das Versammlungsrecht der Gewerkschaften anlangt, so hat man die Gewerkschaften in den ersten drei Kriegsjahren insbesondere unter dem Kriegsminister Wandel auf Verständnis rechnen. Auf ihre Beschwerden zeigte sich General von Triebert in jeder Weise entgegenkommend.

Das Verständnis erfuhr plötzlich eine Aenderung, die zusammenfällt mit dem Abgang des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg.

(Hört! Hört!) Das ist aber kein Zufall. Bethmann Hollweg hatte eben einen Einfluß auch auf die Militärgewalt und hatte das ernsthafte Bestreben, die berechtigten Beschwerden von gewerkschaftlicher Seite zu prüfen. Das kann man leider der jetzigen Reichsleitung nun nachsagen. **Die Zivilbehörde verweist einfach auf den Bescheid der Militärbehörde.** Der Kriegsminister hat sich im Reichstag auf einen Erlaß berufen, worin es heißt, daß nicht durch allzu scharfe Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts Unruhen unter der Arbeiterschaft gebracht werden dürfe. Trotzdem steigern sich die Beschränkungsmaßregeln ständig. Im schlimmsten steht es auch hier wieder im Bezirk des 6. Armeekorps aus. Schließlich wurde sogar in Breslau die Bekanntmachung von Versammlungen nicht eher erlaubt, als die Genehmigung erteilt war. Das war ein geradezu genialer Streich des Generalkommandos, denn nun brauchte es gar nicht mehr Versammlungen zu verbieten, es wurde einfach die Genehmigung so lange verzögert, daß die Versammlung nicht mehr vorbereitet werden konnte. Das ist in zwei Monaten in 19 Fällen geschehen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch in genehmigten Versammlungen wird es den Gewerkschaften unmöglich gemacht, wirklich Arbeiterinteressen wahrzunehmen, denn sobald irgendwelche Beschwerden vorgetragen werden, muß die Versammlung aufgelöst werden. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der einzig erkennbare Zweck ist die Unterbindung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Jede, auch die kleinste Betriebsversammlung wird jetzt von zwei Polizeioffizieren überwacht. Gibt es denn für diese Unzahl Polizeibeamten heute keine nützlichere Tätigkeit! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Durch das Verbot von Betriebsversammlungen, die gerade zur Klärung bei plötzlich auftretender Mißstimmung beitragen, werden Arbeitsniederlegungen wilder Art geradezu gefördert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Behörden richten sich in Schlesien vollkommen nach den Wünschen des Geheimen Bergrats Hilger, der in jedem Gewerkschaftsangestellten einen Verbrecher und Landesverräter sieht.

Allen Beschwerden gegenüber hat das Kriegsministerium sich einen Schemabescheid zurecht gemacht: „Die Stellvertretenden Generalkommandos tragen die Verantwortung für die Sicherheit des Bezirks; sie haben die Entscheidung nach örtlichen Verhältnissen zu treffen. Wenn in einzelnen Bezirken Beschränkungen eintreten, so ist dies durch die fortgesetzten Streikandrohungen, Hetzereien und Wühlereien notwendig geworden". **Dabei ist gerade in Schlesien von solchen Hetzereien so gut wie gar nichts festzustellen gewesen, wie selbst der Kommandierende General Freiherr von Eglofstein in einem Bericht an das Kriegsministerium zugibt. Erst die große Streikwelle,** die im Februar dieses Jahres durch Deutschland ging, brachte in Breslau den ersten Streik, und zwar nur als Protest gegen das Generalkommando. Warum haben denn in Süddeutschland und vor allem im industriellen und sozialdemokratischen Sachsen fast gar keine Streiks stattgefunden. Die rigorosen Maßnahmen der Generalkommandos bilden den Nährboden der Unzufriedenheit und der Auflehnung. In Schlesien herrscht eben der Geist der echt preußischen Leute, vor allem der des Herrn von Jagow, der ja von seiner Berliner Tätigkeit her noch in gutem Andenken ist. Besonders arg treibt es ein Herr Rebelow aus Beuthen. Wir versuchen in jeder Hinsicht beruhigend zu wirken.

Wenn aber die autokratische Willkürherrschaft kein Ende nimmt, so können wir nicht mehr verhindern, daß die Dinge einer Katastrophe zutreiben.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **Wallraf**: Auf Einzelheiten wird erst morgen eingegangen werden können. Für heute soll festgestellt werden, daß die Regierung den Beschwerden der Gewerkschaften nicht teilnahmslos gegenübersteht. Im Gegenteil, manche Härten sind in Verbindung mit den Militärbehörden beseitigt worden. Auch hinsichtlich des Verbotes von Zeitungen sind wir bestrebt, Milderungen herbeizuführen. Im übrigen aber sind Belagerungszustand und Zensur Kriegsnotwendigkeiten. In den feindlichen Ländern wird schärfer vorgegangen als bei uns.

Abg. Freiherr von **Richthofen** (natl.): Auch ich bin in Schlesien unter das Redeverbot gefallen. Die Bevölkerung hat aber Anspruch darauf, ihre Abgeordneten zu hören, zumal in absehbarer Zeit doch mal wieder Wahlen zu erwarten sind. Der Reiseverkehr mit Oesterreich-Ungarn muß durch Beseitigung der Paßvorschriften gefördert werden.

Nachdem wir im Osten zum Frieden gekommen sind, sollte auch die Besprechung der Ostfragen zensurfrei gelassen werden.

Zeitungsverbote bei den Soldaten schaffen nur böses Blut.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch, 1 Uhr, vertagt.

Vorher Diätengesetz für den Reichstag.

Schluß nach 6 Uhr.

Kriegsnachrichten

Der katastrophale französische Rückzug bis zur Marne

Kampffront südlich der Aisne, 30. Mai.

Die Durchbruchsschlacht am Chemin des Dames hat sich nach 24stündiger Dauer zu einer Feldschlacht entwickelt, die in drei Tagen die deutschen Truppen siegreich über die Ufer des historischen Marneflusses brachte. Zum zweiten Male haben Hindenburg und Ludendorff für eine Zeitlang den Westkrieg aus der Phase der stumpfen Materialisierung und bloßen Quantitätsrechnerei herausgerissen und in ein grandioses, ideenreiches Ringen zwischen geführten und nichtgeführten Massen verwandelt. Während die Märzkämpfe den Durchbruch erst nach zähem, blutigen Ringen bewerkstelligten, hat die Maischlacht den Gegner mit erstaunlich geringen Verlusten auf das offene Feld gezwungen. Beim Durchwandern des Kriegsschauplatzes trifft man kaum Tote, dagegen verlassenes Kriegsmaterial in beispielloser Fülle an, das den Zusammenbruch der 6. französischen Armee und aller bisher herangeworfenen Reserven bezeugt. Allein zwei Armeekorps nahmen 300 Geschütze bis zum allerschwersten Kaliber. Lazarette, Flughäfen, Kraftwagenparke fallen völlig unberührt, unversehrt in deutsche Hand. Der französische Rückzug von der Aisne bis zur Marne bietet in Wirklichkeit jenes katastrophale Bild, das die Ententelegende seit drei Jahren von dem deutschen Rückzuge zwischen der Marne und Aisne im Herbst 1914 propagiert hat.

Der Kampfverlauf am gestrigen dritten und heutigen vierten Tage wird zunächst durch das rapide Fortschreiten und Ausbreiten der vorstürmenden Armeemitte gekennzeichnet. Heute abend ist das Nordufer der Marne zwischen Chateau Thierry und Verneuil erreicht. Der rechte Flügel der Armee v. Boehn dringt in westlicher Richtung parallel der Aisne in dem Höhenland nördlich des Flusses flott vor, der linke Flügel der Armee Hutier hat zwischen Noyon und Coucy in südlicher Richtung angegriffen. Beide drängen konzentrisch den Gegner aus dem Hügeldreieck zwischen der Oise und der Aisne heraus. Auf dem Schlachtfeld bei Reims hält der rechte Flügel der Armee v. Below die Festung im Osten, Norden und Westen bis auf zwei Kilometer an die Stadtmauer umstellt.

Dr. A. Költer, Kriegsberichterstatter.

Die französische Schlacht an der Aisne

Unser militärischer Mitarbeiter Artillerie-Oberst a. D. Richard Gädke erinnert aus Anlaß der gegenwärtigen Westkämpfe an die im vorigen Jahre von den Franzosen begonnene Schlacht an der Aisne:

Hier wird es angebracht sein, einen Blick auf die vorhergehende Schlacht an der Aisne zu werfen, in der vor 13 Monaten die Franzosen die Angreifer waren. Zehn Tage lang, vom 6. April 1917 an, ließen sie ihre überwältigenden Geschützmassen in immer wachsender Wut gegen die deutschen Laufgräben und gegen die deutschen Batterien arbeiten, ehe sie sich getrauten, ihr Fußvolk zum Sturme loszulassen. Am 16. April trat dieses an, ohne Zweifel mit großem Schwung. Aber der Erfolg war sehr mäßig, trotzdem die Deutschen gleichzeitig bei Arras durch die Engländer gefesselt waren und am folgenden Tage auch in der Champagne auf breiter Front angegriffen wurden. **Der beabsichtigte Durchbruch mißglückte, die bereitgestellte „Verfolgungsarmee" mußte schon vom zweiten Tage an zur Ablösung der ausgebluteten Divisionen verbraucht werden;** nicht einmal die völlig zertrommelte erste Linie der Deutschen wurde überall genommen, in die zweite Linie drang der Feind nur an einem Punkt ein. Der Rücken des Damenweges blieb auch in der Folgezeit im allgemeinen zwischen den Linien beider Teile. Bald begannen deutsche Gegenangriffe, durch die der Feind allmählich am größten Teil der Front wieder zurückgedrängt wurde. Schon am 20. April konnte das große Unternehmen der Franzosen unter furchtbaren Verlusten als gescheitert angesehen werden.

Durch lange Monde hindurch flammte dann der Kampf um den Damenweg wieder von neuem auf, ohne dem Gegner Erfolge zu bringen.

Erst am 23. Oktober 1917 folgte ein wuchtiger Stoß des linken französischen Flügels, wiederum nach zehntägiger Vorbereitung. Diesem gelang es, Allemant, Vaudesson, Chavignon zu nehmen und uns bis zum 25. aus dem Pinonwalde zu verdrängen. Infolgedessen gaben wir am 2. November den Höhenrücken des Damenweges auf und verlegten unsere Stellung auf das Nordufer der Ailette.

Der Raum, um den damals 6½ Monate hindurch Ströme von Blut flossen, ist nun an einem einzigen Tage von unserem Fußvolk wieder gewonnen worden, ja, es ist in südlicher Richtung darüber hinaus vorgedrungen und bis an die Talhänge der Aisne gelangt.

Das ist ein Erfolg, der sich für sich allein schon sehen lassen kann, und sowohl für die sorgfältige, dem Feinde verborgen gebliebene Vorbereitung wie für die ungeschwächte Stoßkraft unseres Fußvolkes spricht.

175 000 Gefangene und über 2000 Geschütze

W. T. B. **Berlin**, 2. Juni. Vom 31. März bis 1. Juni 1918 also in zehn Wochen, sind in den Kämpfen an der Westfront den Deutschen über 175 000 Gefangene und weit über zweitausend Geschütze in die Hände gefallen. Die Zahl der Maschinengewehre, die ungezählte Tausend beträgt, und der Umfang des sonstigen unübersehbaren erbeuteten Kriegsgeräts, läßt sich vorläufig auch nicht annähernd angeben. Dazu kommen die großen Bekleidungs-, Verpflegungs- und Gerätedepots, die Lazarette, ferner ausgedehnte unversehrte Munitionslager schwerster Kaliber. Grabenwaffen, Flugzeuge, Flugzeughallen, Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Kraftfahrzeuge, Tanks und Zeltlager. Von den in der Aisnegegend vorgefundenen Munitionslagern enthält ein einziges allein 100 000 Schuß aller Kaliber. Die Werte, die die Entente an eingebautem Material, Holz, Draht, Beton, Feldbahngerät, Telephonleitungen usw. an den mehrere hundert Kilometer langen Angriffsfronten mit den zahlreichen hintereinanderliegenden Verteidigungslinien hat, lassen sich ebenfalls kaum abschätzen. Die weiten, von den Deutschen eroberten Gebiete mit den bebauten Feldern verschärfen die Ernährungsschwierigkeiten Frankreichs, zumal eine große Reihe der wichtigsten Bahnen der Benutzung entzogen ist und die Zufuhrmöglichkeiten erschwert. Mehr wie je muß der Ueberseetransport zur Ergänzung der verlorenen Bestände in Anspruch genommen werden, was bei dem Schiffsraummangel doppelt ins Gewicht fällt. Die hohe Zahl der Gefangenen und der blutigen Verluste vermindert jedoch gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie und der Schiffsbauwerften. Die Zertrümmerung der feindlichen Kampfmittel und Kampfkraft ist damit ihrem Endziel wieder einen großen Schritt näher gekommen.

Wieder an der Marne

Welche Erinnerungen ruft dieses Faktum in uns wach. Es war Ende August 1914, fast vor vier Jahren, als fünf deutsche Armeen von Belgien her in Nordfrankreich eingedrungen waren und ihre Spitzen bis Meaux und Monmirail, 30 Kilometer von Paris, entsandten. Das war damals als die Pariser Regierung eiligst ihren Sitz nach Bordeaux in Südfrankreich verlegte und nur die sozialistischen Minister in der Hauptstadt zurückblieben. Denn Meaux und Monmirail lagen, man überzeuge sich auf einer Karte, noch weit hinaus über dem Durchbruchsbogen, den jetzt die siegreichen deutschen Armeen bei Amiens und von der der Aisne bis zur Marne geschlagen und die Sache wurde damals ängstlich für Paris, obgleich es noch keine Ferngeschütze gab. Da kam die Umfassungsdrohung für die Armee Kluck, da kam die unerwartet rasche Bedrohung Ostdeutschlands durch die Russen und vor den im Raume von Paris unter Joffre versammelten Reserven mußte die deutsche Heeresleitung den Rückzugsbefehl geben, der als die „Schlacht an der Marne" in der Kriegsgeschichte der Gegner eine so hervorragende Rolle spielt. Ein Aufatmen ging durch das bedrohte Paris, die geflohene Regierung kehrte zurück, die Schlacht an der Marne wurde als die größte des Krieges gefeiert, an sie knüpfte sich die Hoffnung auf die endgültige Befreiung Frankreichs, denn sie stand für das Land in so glänzendem Gegensatz zu 1870/71, wo ein solches Zurückschlagen des Feindes niemals gelungen war. Aber die Hoffnung trog, der Krieg erstarrte zum Stellungskrieg, dessen feste Linie zwar manchmal erzitterte, manchmal schwankte und ausbog, aber niemals durchbrochen wurde.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Der Bundesrat für den rumänischen Friedensvertrag

W. T. B. **Berlin**, 4. Juni. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde der Friedensvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits angenommen.

Rumänisches und deutsches Friedensrecht

Im Rumänenfrieden hat die deutsche Delegation auch die Judenfrage zur Verhandlung gebracht. Rumänien war bekanntlich durch den Berliner Vertrag von 1878 verpflichtet worden, den rumänischen Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu geben. Es erklärte jedoch plötzlich, daß die in Rumänien wohnenden Juden gar nicht Rumänen, sondern Ausländer seien, und verweigerte ihnen mit dieser fadenscheinigen Ausrede alle politischen Rechte überhaupt. Jetzt hat im Rumänenfrieden Deutschland dafür gesorgt, daß diese ständische Kulturwidrigkeit wenigstens teilweise abgestellt wird. Die deutschen Unterhändler sind getadelt worden, daß sie nicht die volle Gleichberechtigung aller rumänischen Juden durchgesetzt hätten. Auf der anderen Seite behauptet z. B. der Franzose Hervé, das empörendste am ganzen Rumänenfrieden sei, daß man die Rumänen gezwungen hätte, volksfremde und landesverräterische Elemente wie diese Juden mit dem Staatsbürgerrecht auszustatten.

Welches war nun in Wirklichkeit der Gesichtspunkt, von dem die deutsche Reichsregierung ausgegangen ist? Kein anderer, als daß mindestens die Juden sofort das Vollbürgerrecht erhalten müßten, die während des Krieges zum Waffendienst oder Hilfsdienst eingezogen gewesen wären. Waffengemeinschaft bedeutet Staatsgemeinschaft und Vollbürgerrecht — diesen Grundsatz erklärte die deutsche Delegation für ein anerkanntes internationales Gesetz. Auch der Ausländer, der ins deutsche Heer eintrete, werde dadurch ohne weiteres vollberechtigter deutscher Bürger. Diese Ehrenpflicht gegenüber den Kriegsteilnehmern müsse auch Rumänien unbedingt erfüllen.

Da die deutschen Unterhändler daran festhielten, mußte Marghiloman trotz heftigsten Widerstrebens in diesen Grundsatz willigen. Aber sollten die deutschen Kriegsteilnehmer aus diesem Vorgang nichts lernen? **Ihre Forderung, daß, wer am Kriege teilgenommen hat, an politischen Rechten hinter keinem anderen Bürger zurückstehen darf, deckt sich mit dem Völkerrecht, das die deutsche Reichsregierung gegenüber unseren Feinden vertritt. Was sie für die rumänischen Juden durchgesetzt hat, die Kriegsteilnehmer waren, müssen die deutschen Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, insbesondere in Preußen, für sich selbst fordern.**

9. Jahrgang
Nr. 23

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
8. Juni 1918

„Erlösung vom Sozialismus"

Die welthistorische Bedeutung der russischen Revolution macht uns endlich die „Kreuzzeitung" klar: „Rußland hat die Menschheit erlöst; es hat die Unmöglichkeit der sozialistischen Ideen erwiesen." Dieser Zusammenbruch des Sozialismus sei unvergleichlich viel wichtiger als selbst der Zerfall des mächtigen feindlichen Staatsgebildes an unserer Ostfront. Auf dem weithin leuchtenden russischen Fanal seien die Theorien des Sozialismus zu form- und wesenloser Asche verbrannt. So jubelt die „Kreuzzeitung" durch lange Spalten. Auch in der Ukraine habe der Sozialismus bankerott gemacht. Es fehlte nur noch, daß der Zar wiederkehrt und die Genugtuung des Junkerblattes wäre vollkommen.

Die „Kreuzzeitung" selbst macht sich freilich den Einwand, daß der russische Sozialisierungsversuch vorzeitig und gewaltsam gewesen sei; die deutschen Sozialisten wollten die Verwirklichung ihres Programms erst als reife Frucht der geschichtlichen Entwicklung ernten. Aber sie tut das als bloße Ausrede ab. Nein, die Sozialdemokraten wollten Parlament und Verwaltung in ihre Hand bringen und dann auch in Deutschland das sinnlose und lächerliche Experiment des russischen Sozialismus wiederholen. An Rußland sei des alten Schmoller Wort in Erfüllung gegangen, daß diese utopischen Theorien in der Hand von weltunkundigen Schwärmern oder wüsten Demagogen eine unsagbare Gefahr darstellten. Aber Rußland habe, ans Kreuz des Sozialismus geschlagen, die Welt von dem Fluche dieser Wahnlehre erlöst.

Soll man nachweisen, aus welchen Gründen sich auf dem unentwickelten Unterbau des zaristischen Rußlands kein sozialistischer Zukunftsstaat aufbauen ließe? Soll man die absolute Untauglichkeit des Artikelverfassers, in ökonomischen Dingen mitzureden, im einzelnen demonstrieren? Das Papier ist zu kostbar dazu!

Dennoch sei zu dem greulichen Salat soviel gesagt: Wir sind uns gewiß, daß nicht nur die Sozialdemokratie als Partei, sondern auch der Sozialismus als Lehre durch den Krieg gewaltige neue Anhängerscharen gewinnen wird. Denn weder in Rußland noch in der Ukraine handelt es sich überhaupt um Sozialismus. Der moderne Sozialismus beruht auf dem Gedanken, daß der Kapitalismus alle seine Produktivkräfte entwickelt haben muß, die Industrie so stark zusammengeballt ist, daß sich bereits Privatmonopole bilden, ehe sie zur Ueberführung in den Gemeinschaftsbesitz reif ist. Diese Umwandlung setzt eine überaus leistungsfähige, vorzüglich geschulte und eingearbeitete Verwaltung voraus. Deshalb fordert die Sozialdemokratie im Entwurf ihres neuen Aktionsprogramms unter Verwerfung des Obrigkeitsstaates und des bürgerlichen Parlamentarismus den demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat, der allein der Aufgabe gerecht werden kann, das gesamte Wirtschaftsleben des Volkes nach einheitlichem Plan und im Interesse der Gesamtheit zu leiten und organisch zu entwickeln.

Was hat mit diesem Sozialismus der Zusammenbruch des russischen Bolschewismus oder der ukrainischen Sozialrevolutionäre zu tun? Die russische Revolution ist von uns begrüßt worden als Auflehnung eines freiheitsdurstigen Volkes gegen eine verfaulte und kriegsschuldbeladene verhärtet konservative Zwangsgewalt. Daß die Revolution in Rußland sozialistisch zu organisieren verstehen würde, noch dazu mitten im Zusammenbruch der Niederlage, das hat ihr kein denkender deutscher Sozialist zutrauen können.

Der Sozialismus hat in diesem Kriege nicht bankerott gemacht. Er hat vielmehr bewiesen, daß er möglich und notwendig ist. Trotz aller Mängel der deutschen Kriegswirtschaft ist ihre Leistung doch — nehmt alles nur in allem — ungeheuer. Ohne sie hätte das Elend uns überwältigt. Man kann darüber lachen, wie man gelacht hat, als Santos Dumont vor wenig mehr als einem Jahrzehnt zuerst auf dem Tempelhofer Feld fliegen sollte und nicht vom Boden loskam. Aber trotzdem hat das Flugwesen einen hohen Grad der Vollendung erreicht. Die kriegssozialistischen Organisationen lassen trotz aller Unvollkommenheiten des Apparats deutlich erkennen, wie groß die Zukunft der gemeinwirtschaftlichen Organisation des deutschen Erwerbslebens ist.

Den billigen Spott haben heute die Rückschrittler umsonst, die sich den Blick in die Zukunft durch Scheuklappen versperren. Wir wissen heute besser und sehen heute klarer als je vor dem Krieg, wie die sozialistische Organisation der Volkswirtschaft angefaßt und durchgeführt werden muß. Die russische Revolution erlöst die besitzenden Klassen so wenig vom Sozialismus wie die Schreckenszeit der französischen Revolution die Feudalherren von der Demokratie befreit hat. Zur Verwirklichung des Sozialismus bedarf es freilich der Erkenntnis und Tatkraft der Besitzlosen. Darum werden wir trotz der „Kreuzzeitung" nicht stillsitzen, sondern rastlos für die Verwirklichung unserer Ideale werben und wirken.

Die Tatsache aber, daß ein Mann verkehrter Ansichten in dem Blatte des preußischen Adels zu Worte kommt, bleibt auch mit seinem unsinnigen Zeug als bezeichnendes Merkmal interessant. Sie zeigt, daß den Leuten von der „Kreuzzeitung" kritiklos alles gelegen kommt, was ihnen zum Kampfe gegen den Sozialismus geeignet erscheint. Und sie haben es nötig, zu dem Kampfe mit dem Sozialismus zu rüsten, der schon heute vernehmlich an die Tore klopft, die von den Schildhaltern der „Kreuzzeitung" bewacht werden.

Danziger Nachrichten

Der Lazarettzug.

Ein Lazarettzug war gekommen. Ganz langsam war er in die Bahnhofshalle eingefahren, tastend förmlich, als müßte er peinlichst behutsam mit dem Leben umgehen, das das Innere seiner grauen, rotbekreuzten Wagen barg. Nicht mit einem Ruck und dem Kreischen der Bremsen hielt er, wie das andere Züge zu tun pflegen. Weich und federnd schob er sich vorwärts, bis seine Bewegung aus dem Fahrzustand in das Stillstehen eingebbt war.

Als er hielt, wurden die Türen geöffnet. Still und geräuschlos geschah das. Die Krankenträger traten ihren verantwortungsvollen Dienst an. Tragbahren wurden aufgestellt, Liegestühle herangerollt. Aerzte, Schwestern übernahmen die Kommandos. Dann trugen sie die Ersten aus dem Dämmerlicht der Bahnwagen heraus. In ihren weißen Verbänden lagen sie stumm, fast starr da. Kaum daß sie die Augen öffneten, kaum daß sie die Lippen bewegten, kaum daß irgendeine merkliche Veränderung über ihre fahlen Züge huschte. Den Schwerverwundeten folgten die Leichtverwundeten, die die Tragbahren nicht benötigten, an Stöcken humpelten, oder um Arm oder Haupt den Verband trugen. Auch ihre Gesichter schauten blaß und ernst drein. Aber der Tod hatte sie doch nicht so sichtlich gestreift wie die anderen.

Das Publikum war von dem Bahnsteig, auf dem der Lazarettzug eingefahren war, ferngehalten worden. Draußen aber drängten sich die Leute um so dichter. Schweigend standen sie, starr dort hinüberschauend, wo der Transport noch immer vor sich ging. So mancher unter der Menge, der seit Wochen keine Nachricht von seinem im Felde stehenden Angehörigen erhalten hatte. Am Ende befand er sich dort drüben unter den weiß Bandagierten? Angst und Furcht, Beklemmung und Hoffnung lag auf der Menge, machte die Herzen zittern, ihre Pulse klopfen. . . . Und der Frühlingstag lugte mit goldenen Augen durch die berußten Scheiben der Bahnhofshalle.

Wintergarten

Die Direktion des beliebten Sommervarietés hat für Juni einen Spielplan zusammengestellt, der durchweg anerkennenswert ist. Von dem alten Programm sind die beiden Glanznummern Die lebenden Propeller und die Alice Carver mit ihrem Partner übernommen. Gute akrobatische Arbeit leisten die beiden Rudis. Eine hübsche Varieténummer bietet Kitty Traneys. Ihre Tiere, ein Ponny und mehrere Hunde, zeigen sich als gut dressierte Künstler in ihrer Art. Für reichlichen Humor sorgen der lustige Faßroller Fred Chasyer und der Humorist Georg Neumann mit seinen Tiroler Vorträgen.

Der Zirkus Krone

beginnt am Sonnabend sein hiesiges Gastspiel auf dem Platze am Karrenwall. Außer zahlreichen anderen exotischen und heimischen Tieren besitzt der Zirkus zehn Elefanten. Diese bilden eine Gruppe, wie man eine solche besser und in exaktester Zusammenarbeit noch nie gesehen hat. Außer zu ihrer Künstlerschaft sind einige dieser Riesentiere noch zum Arbeitsdienst erzogen. Die Krone-Elefanten haben schon oft für die Allgemeinheit ihre Zugkraft bewiesen. Auch dem Militär waren sie willige und gut brauchbare Helfer. Auch im übrigen wird in dem Zirkus, der überall großen Erfolg hatte, viel Sehenswertes geboten. Wir verweisen noch auf die Anzeige.

Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die vom Gewerkschafts-Kartell Danzig veranstaltete Gewerkschaftsversammlung am 31. Mai, im Lokale Jungstädtisches Gesellschaftshaus. Bereits lange vor Beginn der Versammlung war der geräumige Saal von ca. 1000 Personen bis auf den letzten Platz besetzt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung behandelte der Redner Gewerkschaftssekretär Krüger-Danzig das Thema: Stellungnahme zur Erhöhung der Milch-, Butter- und Käsepreise. Er führte aus: Je länger die Kriegsdauer, desto schwieriger die Ernährungsverhältnisse. Die Brotkürzung im Vorjahre wurde gemildert durch die erhöhte Fleischration, welche in diesem Jahr wegfällt, weil angeblich nicht genügend Vieh vorhanden sei. Im Frieden haben wir immer hören können, die heimische Produktion der Landwirte reiche aus, um den Bedarf des deutschen Volkes zu decken. Wie es nach dieser Richtung aussieht, hat die Volksgemeinschaft seit vier Kriegsjahren hinreichend erfahren. Es hat aber nicht jeder gleichmäßig zu leiden. Auf dem Lande wie bei den Leuten in der Stadt, die über einen genügend großen Geldbeutel verfügen, ist noch keine Ernährungsnot vorhanden. In dieser Auffassung ist die Arbeiterschaft, durch den Antrag Rösicke, dem Geschäftsführer des Bundes der Landwirte bestärkt worden. Wenn dieser Antrag, was nicht zu erwarten ist, im Reichstage angenommen werden sollte, würden wir noch ganz andere Preise zu erwarten haben, als diejenigen sind, welche uns die Provinzial-Fettstelle für die Provinz Westpreußen neuerdings beschert hat. Es ist leider Tatsache geworden, daß gegen den Willen der örtlichen Preisprüfungsstellen und, was bemerkenswert ist, gegen den Willen der Landwirte in der Danziger Preisprüfungsstelle, eine Erhöhung des Preises für Butter um 30 Pf., für Käse um 15—25 Pf. pro Pfund und für Milch um 2 Pf. pro Liter eingetreten ist. Wir müssen uns nun fragen: Wer ist diese Provinzial-Fettstelle? Da erhalten wir zur Antwort: der Oberpräsident von Jagow und der Verwaltungsdirektor Ziehm. Ohne Beirat aus Verbraucherkreisen, ohne auf den Protest der städtischen Ernährungsbehörden zu achten, wird solche einschneidende Maßnahme getroffen. (Große Entrüstung in der Versammlung.) Zu einer Zeit, in welcher Säuglingsfürsorge und Bevölkerungszunahme-Politik betrieben wird, verteuert man den werdenden Müttern und Säuglingen das wertvollste Nahrungsmittel. Auch die sich heimkehrenden Krieger werden auf das empfindlichste durch diese Maßnahme getroffen. Die Provinzen Ostpreußen und Pommern haben die Preise erhöht und da darf Westpreußen nicht fehlen. Die Bevölkerung ganz Deutschlands wird darunter leiden, wenn die agrarischsten Provinzen mit diesem Beispiel vorangehen, und das zu einer Zeit, wo das Vieh auf die Weide geht, keine Futtermittel braucht und die Milchproduktion am ergiebigsten ist. Alles dieses kann nach vier Kriegsjahren geschehen. Für diese Zustände können die Gewerkschaften die Verantwortung nicht länger übernehmen. In der Diskussion kam die Erregung über diese Maßnahmen der Fettstelle stark zum Ausdruck. Verlangt wurde, daß Versammlungen dieser Art öfter stattfinden müßten. Es wurde weiter von anwesenden Frauen gefordert, daß in die Preisprüfungsstellen Arbeiterfrauen hineingesandt würden, denn zu einer Frau Pfarrer und einer Frau Doktor können die

Gelöbnis

Denn heißen soll es nimmermehr:
Für nichts sind sie gestorben!
Für nichts, als was sie tags vorher
Erkrotzt schon und erworben! . . .
Drum sollen sie die Stufen sein,
Die Stufen grün von Zweigen,
Auf denen wir zum Dach hinein
Der freien Zukunft steigen!

Freiligrath.

Feuilleton

Ein Brief von Romain Rolland

Ein Feldgeistlicher fand in einem zerschossenen Hause in St Quentin Briefe auf, die zwischen Romain Rolland, dem Verfasser des berühmten, auch in Deutschland vielgelesenen Romans „Johann Christoph", und einer ihm befreundeten Dame gewechselt waren. Einen Brief Romain Rollands, der im August 1914, während des deutschen Vormarsches gegen Paris geschrieben wurde, stellt der Finder des Briefwechsels dem „Berliner Tageblatt" in einer Uebersetzung zur Verfügung. Der Brief lautet:

„Während der Kriegsorkan rast, die stärksten Seelen entwurzelt und sie in seinem wilden Wirbel fortreißt, setze ich meine wehmütige Wallfahrt fort, und suche unter den Trümmern die wenigen Herzen, die dem alten Ideal menschlicher Verbrüderung treu geblieben sind. Welche melancholische Freude, sie zu sammeln und ihnen zu Hilfe zu kommen!

Ich weiß freilich, daß alle ihre Anstrengungen, alle ihre Worte der Liebe gleich den meinen vergeblich sind, und daß sie ihnen nur die Feindschaft der beiden feindlichen Parteien eintragen werden. Alle die sich zu hassen weigern, werden gehaßt: das ist nicht anders im Kampfe. . . . .

Und welch ein Kampf!

Europa ist wie eine belagerte Stadt. Ueberall wütet das Kriegsfieber. Wer nicht raten und reden will, wie die anderen, ist verdächtig. Und in diesen stürmischen Zeiten, in denen die Justiz sich nicht lange mit einer Untersuchung der Anklagen aufhält, ist jeder Verdächtige gleich ein Verräter. Wer inmitten des Krieges den Frieden verteidigen will, muß wissen, daß er für seinen Glauben seine Ruhe, seinen Ruf und selbst seine Freundschaften aufs Spiel setzt.

Aber was gälte ein Glauben, für den man nichts aufs Spiel setzt? Gewiß, unser Glaube wird hart geprüft in dieser Zeit, in der jeder Tag von neuer Gewalttat und Grausamkeit erzählt. Aber war der Glaube nicht noch härter in jenen Tagen geprüft, als er den Sündern von Judäa anvertraut war, durch jenen Großen, den die Menschheit immer noch zu verehren behauptet — freilich mehr mit den Lippen, als mit dem Herzen?

Ströme von Blut, zerstörte Städte, alle Furchtbarkeiten des Krieges werden in unseren gequälten Seelen niemals die lichte Fahrt der Barke von Galiläa vergessen lassen, so wenig wie die tiefen Schwingungen der großen Stimmen, die Jahrhunderte hindurch die Vernunft als Vaterland aller Menschen proklamieren.

Die Leidenschaft verfliegt . . . Vernunft und Liebe sind ewig —!"

Dies der Brief des Dichters —, des französischen Dichters. Seine wehmütige Wallfahrt nach Herzen, die dem Ideal der Verbrüderung aller Menschen treu geblieben sind, hat bald darauf damit geendet, daß er sein Vaterland verließ und sein Zelt im fremden Lande, an den Ufern des Genfer Sees aufschlug. Das ist kein gutes Zeugnis für das französische Volk, das sich so gerne im Rahme sonnt, das Volk zu sein, das die großen Ideale der Freiheit und der Brüderlichkeit der Welt gebracht hat und zu bewahren berufen sei.

Aber in welchem Lande war es anders? Wo sind die deutschen Dichter, die so treu und so gläubig um Herzen werben, denen die Verbrüderung aller Menschen auch in den Greueln des Krieges noch ein heiliges Ideal geblieben ist?

Unbestechliche Kunsthüter. Unter dieser Spitzmarke berichtet die „Breslauer Volkswacht" aus Gleiwitz folgendes: Ein heißer Kampf, der aber für den Unbeteiligten eines gewissen Humors nicht entbehrt, tobt gegenwärtig zwischen der Redaktion des „Oberschlesischen Wanderers" und dem Leiter des hiesigen Stadttheaters, Herrn Türk. Der Leitung des Stadttheaters scheint der Redaktion weder in künstlerischer Hinsicht noch ihrem Verhältnis zu den Schauspielern zu genügen, und in mehreren Artikeln wurden diese Mißstände stark kritisiert. Darauf folgte ein Besuch Türks in der Redaktion, wobei er sofort zu einem Weinabend bei Troplowitz einlud: für opulentes Fleisch-Essen ohne Marken sei reichlich gesorgt; man könne dort ungestört spät sitzen usw. — Die Tugend des „Oberschles. Wanderers" lehnte schnöde ab. Aber der Direktor ist frech wie eine Wanze und nicht so leicht in die Flucht zu schlagen. Schon am nächsten Tage schickte er der Redaktion ein „Körbchen", das von zwei Personen getragen werden mußte, und in dem sich alle Herrlichkeiten des vierten Kriegsjahres befanden. Aber auch das rührte unsere Kollegen gar nicht. Im Gegenteil. Sie setzten sich hin und schrieben dem wunderlichen Hüter der Kunst folgende Epistel:

Gleiwitz, den 6. März 1918.

Herrn Julius Türk, Stadttheater, Gleiwitz.

Die Sendung der beiden mit Wein, Zigarren, Likör, Schinken usw. vollgefüllten Körbe enthält eine geradezu beleidigende Zumutung, die wir sofort durch Zurückweisung beantworten. Unser aufbauender Dienst im Tempel der darstellenden Kunst wird von unbestechlichem Pflichtgefühl, von unantastbarer Wahrhaftigkeit getragen. Eine noch so versteckte Beeinflussung dieses Dienstes ist weiter nichts als ein unlauterer Angriff auf unsere Berufsehre, den wir uns entschieden verbitten. Er ist von der Ueberfülle jenes beklagenswerten Giftes diktiert, der im biblischen Sinne aus dem Tempel der Kunst hinausgejagt werden sollte — im wohlverstandenen Interesse des Ansehens Ihres Berufsstandes.

Wenn Sie Ueberfluß an Wein und Schinken und anderen Lebensmitteln haben, dann haben Sie hinter Ihren eigenen Kulissen reichlich Gelegenheit zur Verwertung.

Hochachtungsvoll Weber.

So, der Kampf ist entschieden. Die Tugend hat gesiegt und das Laster liegt zerschmettert am Boden.

Was Kinos verdienen. Welche Summen ein gutbesuchtes Kino einbringen muß, dafür liefert folgende Geschichte ein sprechendes Beispiel. Die Vaterlandslichtspiele in Leipzig, die im Gebäude des Café Bauer untergebracht sind, erhielten kürzlich vom Hauswirt die Mitteilung, daß sie die Theaterräume sofort zu verlassen hätten, weil diese Räume an eine andere Gesellschaft verpachtet worden seien. Die Vaterlandslichtspiele zahlten eine Jahresmiete von 15 000 Mark. Das Unternehmen ist erst vor einiger Zeit vom Bioskop-Konzern für über 100 000 Mark erworben worden. Dieser Konzern hatte mit dem Hausbesitzer vereinbart, daß der Hauswirt an die Gesellschaft 150 000 Mark Konventionalstrafe zu bezahlen habe, wenn die Räume sofort gekündigt würden. Trotzdem erfolgt die Kündigung. Das erklärt sich daraus, daß sich eine andere Gesellschaft gefunden hat, die Kontinental-Projektion, die nicht nur die 150 000 Mark Abfindung bezahlen wird, sondern auch jährlich 60 000 Mark Pacht für das Lichtspieltheater bezahlt. Die Konkurrenzgesellschaft zahlt also 45 000 Mark mehr Miete, außerdem die 150 000 Mark Konventionalstrafe und verdienen will sie doch auch nicht zu knapp! Es steht übrigens zu erwarten, daß dieser Kündigung noch ein fetter Prozeß folgt.

großen Massen der erwerbstätigen Frauen kein Vertrauen haben, da diese Damen über die Lage der Arbeiterfrauen nicht urteilen können. Von einem Redner wurde darauf hingewiesen, daß gerade in letzter Zeit in einer größeren Zahl von Betrieben die Löhne, die bis jetzt kaum ausreichten, noch tiefer herabgeschraubt werden. Erhöhte Preise, niedrigere Löhne, das sei die Tendenz der jetzigen Zeit. Die Arbeiterschaft sei aber von der Schuld an diesen Zuständen nicht ganz freizusprechen. Nur durch eifrigeren Zusammenschluß in wirtschaftlichen und politischen Organisationen ist etwas zu erreichen. Unter lauten Protestrufen brachte ein Redner zur Sprache, daß die neuerdings geschaffenen Fabrikpflegerinnen sich die größten Uebergriffe erlauben. Die Arbeiterinnen werden verklatscht und denunziert, es wird versucht, sie von den Organisationen abzuhalten und gelbe Werkvereine zu gründen. Wie die bürgerlichen Massen über die Lage der Arbeiter in vollständiger Verkennung der Tatsachen denken, beweist der Ausspruch eines Arztes, daß die einzigen und größten Kriegsgewinner die Arbeiter seien. Die nachstehende Resolution wurde darauf von der Versammlung einstimmig angenommen:

Die am 31. Mai tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung nimmt Stellung zur Erhöhung der Preise für Milch, Butter und Käse und protestiert auf das entschiedenste gegen eine derartige Verteuerung so überaus wichtiger Nahrungsmittel.

In einer Zeit, in welcher so viel über Menschenökonomie und Säuglingsfürsorge geredet und geschrieben wird, wo Ausstellungen veranstaltet werden, wo man den schwerverletzten und schwerkranken Kriegsteilnehmern hilfreich zur Seite stehen will, wo eine Verkürzung der Brotration vorgenommen werden muß und eine Einschränkung der Fleischration angekündigt ist, müssen unter allen Umständen die wertvollsten Nährmittel im Preise so niedrig wie möglich sein.

Die Mitglieder der Preisprüfungsstelle, auch die der Landwirtschaft angehörenden, halten eine Erhöhung der Preise dieser Produkte nicht für notwendig. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß die Preissteigerung auf Drängen der Molkerei- und Käsereibesitzer erfolgt ist. Aber auch in diesen Interessentenkreisen ist schlechter Geschäftsgang nicht zu verzeichnen, da die städtische Molkerei in Graudenz nach Mitteilung des Magistrats glänzend abgeschlossen hat. Das gleiche wird aus Danzig gemeldet.

Aus diesen Gründen können die Versammelten einen stichhaltigen Grund für diese Preissteigerung nicht erkennnen und ersuchen daher die Provinzial-Fettstelle, den alten Preis wieder einzuführen. Sie beantragen, der Provinzial-Fettstelle einen Beirat aus Verbraucherkreisen zu geben, der bei allen Beschlüssen mitzuwirken hat.

Die Versammelten beauftragen den Kartellausschuß, beim Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen, Exzellenz v. Jagow, vorstellig zu werden, um dort die Wünsche der Arbeiter wirksam zu vertreten.

Auf Grund obiger Resolution hat der Kartellausschuß am Montag vormittag eine Unterredung mit dem Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen nachgesucht und fand dieselbe noch am gleichen Tage statt. Die Delegation gab nochmals ihren Bedenken gegen eine Erhöhung so wichtiger Nahrungsmittel Ausdruck und ersuchte, die Preise wieder herabzusetzen, und der Provinzial-Fettstelle einen Beirat aus Verbraucherkreisen zu geben. Zum ersten Punkt, Herabsetzung der Preise, bemerkte der Oberpräsident v. Jagow, daß die Erhöhung doch so minimal sei, daß sie kaum ins Gewicht falle. Die Erhöhung würde für den ganzen Monat ungefähr 12 bis 15 Pf. betragen. Also eine ganz geringe Belastung. Die Gründe, die die Provinzial-Fettstelle geleitet haben, sind die, die Produktion von Milch, Butter und Käse sicherzustellen. Es bestehe die Gefahr, daß, wenn die Preise für diese Produkte nicht erhöht werden, die Abschlachtung des Milchviehs gefördert wird. Auch die Produktionskosten sind höher wie in normalen Zeiten. Hinzu kommt, daß Ostpreußen und Pommern bereits höhere Preise haben. Ein Uebergreifen auf andere Provinzen ist nicht zu befürchten. Sollte es aber sein, so würde nach Ansicht der Provinzial-Fettstelle eine Preissteigerung von ungefähr 10 Pf. eintreten. Die Konsumenten in den empfangenden Provinzen beachten diese Preissteigerung fast gar nicht. Die Provinzial-Fettstelle will nur das Beste für die Bevölkerung. Die Reichsfettstelle beschäftigt sich jetzt mit dieser Steigerung und wird die Preise wahrscheinlich auf der jetzigen Höhe belassen.

Der Schaffung eines Beirats steht die Fettstelle nicht direkt ablehnend gegenüber. Es soll geprüft werden, ob es zweckmäßig ist, einen Beirat zu schaffen. Durch den Beirat können tendenziöse Berichte in die Presse gelangen, die aufreizend wirken können. Es ist besser, vor einer vollendeten Tatsache zu stehen.

Das also ist der Zweck der Sache. Anreizpreise, damit die Landwirte kein Milchvieh abschlachten sollen, bei dem sie vielleicht mehr verdienen. Sie kümmern sich wenig darum, ob die Kinder und Kranken die wertvollen Nahrungsmittel erhalten. Hauptsache ist und bleibt der Profit. Man muß die Konjunktur ausnutzen.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Gewerkschaftssekretär Rehfeld-Stettin über: Das Arbeitskammergesetz. Nach langer Zeit und einer langen Vorgeschichte, die 28 Jahre zurückliegt, hat die Regierung dem deutschen Reichstag am 19. April d. Js. einen Entwurf zu einem Arbeitskammergesetz eingebracht. Die freien Gewerkschaften haben durch die Generalkommission einen Vorentwurf der Regierung unterbreitet. Redner verbreitet sich nun in längeren Ausführungen über die Unterschiede zwischen dem Vorentwurf der Gewerkschaften und dem Entwurf der Regierung. Einzelne Punkte in dem Regierungsentwurf sind für die Gewerkschaften unannehmbar, z. B. sollen ganze Berufsgruppen, wie die Landarbeiter und Seeleute, vom Arbeitskammergesetz ausgeschlossen werden. Heftige Kämpfe im Reichstage wird der Entwurf hervorrufen, da anzunehmen ist, daß die politische Interessenvertretung der Arbeitgeber überhaupt gegen Arbeitskammern sein wird. Die organisierte Arbeiterschaft wird sich noch recht oft mit diesem Thema zu beschäftigen haben, wenn die Rechte der Arbeiter wirksam vertreten werden sollen.

Die Arbeitskammern werden nur erfolgreich für die große Masse der arbeitenden Schichten sein, wenn sich diese ihrer Klassenlage bewußt sind und sich zum wirtschaftlichen Kampf bedienen rüsten, indem sie die heute noch zu tausenden unorganisierten Berufsgenossen den Organisationen zuführen. Die Arbeit wird dann nicht mehr als eine Last empfunden werden, sondern es wird Arbeitsfreudigkeit und der Stolz zu hochwertiger Leistung zu gehören, wodurch die Werte der Menschheit schaffen, Platz greifen. — Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Bringt das Gold!

(Nachdruck verboten.)

Bringt das Gold! Und wisset klar:
Gold im Reichsschatz banget Gefahr.
Wird des Reiches Goldschatz leer,
Schwimmt ihr Macht, wankt die Wehr.
Wollt ihr Schutz vor schlimmsten Falle,
Wollt ihr sichern Hort für alle,
Bringt das Gold! Es diene gut
Deutscher Währung, deutschem Blut!
Gold?! Du, Volk, wirst selbst daraus schmieden
Fest dir Wohlfahrt, Freiheit, Frieden.

Karl Henckell.

Lohnbewegung bei Schichau.

In einer großen Betriebsversammlung am 3. Juni nahm die Arbeiterschaft im Lokale von Schmidtke, Stellung zu der Antwort der Firma auf die durch den Arbeiterausschuß am 28. März d. J. eingereichten Forderungen.

Die Leitung der Versammlung hatte Geschäftsführer Arczynski vom Deutschen Metallarbeiter-Verband. Am Vorstandstisch waren ferner vertreten die christlichen Gewerkschaften durch Stadtverordneten Geschäftsführer Gaikowski und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein, durch Stadtverordneten Nitz.

Der Vorsitzende erläuterte kurz die eingereichten Forderungen, welche lauten:

1. Unter Weiterzahlung der bisherigen Teuerungszulage eine Erhöhung der Einstellungslöhne und der bestehenden Stundenlöhne für alle Akkordarbeiter und -arbeiterinnen um 10 Pfg. die Stunde.

2. Für Lohnarbeiter und -Arbeiterinnen die nicht in Akkord arbeiten, Festsetzung eines Lohnzuschlages von mindestens 35 Prozent zum Stundenlohn.

3. Berechnung der Akkordpreise in der Weise, daß ein Arbeiter und Arbeiterin durchschnittlicher Leistung mindestens 65 Prozent Ueberverdienst erzielt.

4. Die Akkorde sind so einzustellen, daß die dabei erzielten Ueberverdienste alle 14 Tage zur Auszahlung kommen. Etwaige Abschlagszahlungen bei Akkordarbeiten, die zur Ausführung länger als 14 Tage beanspruchen, sollen nicht hinter dem angegebenen Mindestverdienst bei Akkordarbeiten zurückbleiben.

5. Bestehende und an anderer Stelle in der Arbeitsordnung oder durch sonstige Bekanntmachungen geregelte günstigere Arbeitsbedingungen werden durch Vereinbarungen oder Zugeständnisse im Sinne des Vorstehenden nicht berührt.

Hierauf berichtete der Vertreter des Arbeiterausschusses über die mit der Direktion zweimal gepflogenen Verhandlungen.

Die örtliche Direktion habe sich der Ansicht des Arbeiterausschusses in sofern angeschlossen, als sie zugab, daß die Verdienste der Belegschaft im Verhältnis zu der herrschenden Teuerung geringe seien. Die hiesige Direktion habe aber nicht die Entscheidung. Trotz zweimaliger Rücksprache mit dem Inhaber der Schichauwerke Carlson war es nicht möglich, diesen zu bewegen, auf die Forderungen einzugehen.

Der Arbeiterausschuß sehe sich außerstande, auf dem Wege der weiteren Verhandlung etwas herauszuholen und lege die Entscheidung in die Hände der versammelten Belegschaft.

In der hierauf erfolgten, z. T. sehr erregten Aussprache wurde allseitig gefordert, daß man den gesetzlich vorgeschriebenen Weg betreten müsse, und den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung anrufen. In Elbing habe Carlson den Arbeitervertretern erklärt, daß die Entlohnung bei Schichau nach folgenden Grundsätzen erfolgt:

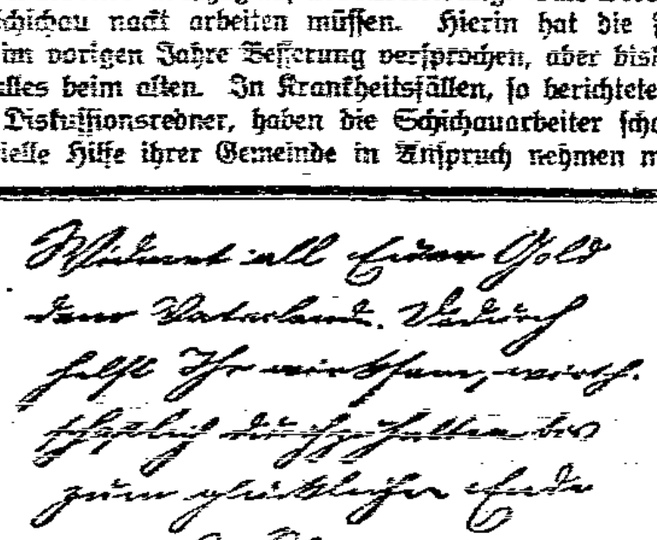
Ein Drittel Lohn, ein Drittel Teuerungszulage und das letzte Drittel des Lebensunterhaltes müsse der Arbeiter selbst aufbringen, entweder dieser müsse seine Bedürfnisse so weit einschränken, oder von Ersparnissen leben. Damit hat Carlson zugegeben, daß in seinem Königreiche die Arbeiterschaft tatsächlich nur zwei Drittel des zum äußersten Lebensunterhalt Notwendigen an Lohn erhält, und das letzte Drittel (wie in der Versammlung zum Ausdruck kam), auf dem Wege des Verbrechens herangeholt werden muß. Hunger tut weh, und Not kennt bekanntlich kein Gebot.

Dieses Eingeständnis des Herrn Carlson ist so wertvoll, daß es verdient für ewige Zeiten festgehalten zu werden. Zeigt es uns doch, wie rücksichtslos selbst eingewanderte Unternehmer in Deutschland, das seinen schwersten Kampf führt, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft niederhalten und somit die Arbeitskraft der für die Verteidigung des Landes unentbehrlichen Industriearbeiterschaft hintanhalten.

Einige Redner schilderten die tief traurige Lage der Schichauarbeiter in bezug auf Arbeitskleidung. Bald werde man bei Schichau nackt arbeiten müssen. Hierin hat die Firma schon im vorigen Jahre Besserung versprochen, aber bisher sei noch alles beim alten. In Krankheitsfällen, so berichteten einzelne Diskussionsredner, haben die Schichauarbeiter schon die materielle Hilfe ihrer Gemeinde in Anspruch nehmen müssen.

Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, der den Arbeiterausschuß beauftragt, die Lohnstreitsache unverzüglich vor den Schlichtungsausschuß zu bringen, fand einstimmige Annahme, womit die Versammlung ihr Ende erreicht hatte.

Wir wünschen auch bei diesem Kampf der Arbeiterschaft vollen Erfolg und sind gewiß, daß ihr die Früchte des schweren Kampfes um so eher werden, je schneller sie den Weg zur Arbeiterorganisation findet.



Goldannahmestelle: **Danzig,** Reitbahn 2, werktäglich 9—12 **Culm,** Graudenzerstraße 19; **Dt. Eylau,** Markt 28, Montag 12—1; **Elbing,** Alter Markt 43, Mittwoch 10—11; **Graudenz,** Stadtsparkasse, werktäglich 9—1, 3—4; **Konitz,** Hauptmarkt 1, werktäglich 8—1, 3—5; **Marienburg,** Hohe Lauben, werktäglich 9—1, 3—5; **Neumark,** Markt 53, werktäglich; **Thorn,** Seglerstraße 1, Freitag 9—1, 5½—7; **Zoppot,** Seestraße 26.

Goldmünze.-umtausch: bei allen Postämtern u. der Reichsbank.

Weitere unerhörte Preiserhöhung für Milch und Butter

Die Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Danzig beschäftigte sich am Dienstag den 4. Juni mit einem Antrag des Generalsekretärs der Westpreußischen Landwirtschaftskammer, Dr. Steimmig, den Erzeuger-Preis für Butter auf 5 Mark für das Pfund und für Milch den Liter auf 50 Pfennig vom 1. September ab zu erhöhen.

Nach diesem Vorschlage würde der Kleinhandelspreis für Butter etwa 6 bis 6,50 Mark und für Milch 65 bis 70 Pfennig betragen.

Vom Vorsitzenden, Regierungsrat Prochnow, waren zwei Referenten bestellt, Sekretär Dr. Grünspan und Generalsekretär Steimmig. Dr. Grünspan sprach recht wirksam gegen die enorme Erhöhung, während Dr. Steimmig dafür eintrat. Gegen die Erhöhung sprachen noch der Fischindustrielle Otto Danzig, Molkereibesitzer Schröder, Stadtv. Nitsch, Elbing und Genosse Gehl. Letzterer legte in etwa ½stündiger Rede den Standpunkt der Verbraucher dar, protestierte gegen jede Erhöhung und machte die Befürworter verantwortlich für die Folgen einer so gewaltigen und ungerechten Preiserhöhung.

Die Erhöhung wurde mit allen gegen die Stimmen des Antragstellers und des Vorsitzenden abgelehnt und auf Antrag Schröder beschlossen, später, wenn die Ernteaussichten besser zu übersehen sind, noch einmal zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Ein Antrag des Genossen Gehl, an die Provinzial-Fettstelle einen Antrag auf Schaffung eines Beirats zu richten, wurde vom Vorsitzenden mit der Begründung zurückgewiesen, daß dies die Zuständigkeit der Preisprüfungsstelle überschreite würde.

Der Protest der Danziger Preisprüfungsstelle gegen die letzte Preiserhöhung, der auf Antrag Gehl an den Oberpräsidenten weiter geleitet werden sollte, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt.

Wir kommen auf diese Angelegenheit noch zurück.

Danziger Volkshausbund

Am 2. Dezember wurde in Berlin der Deutsche Volkshausbund gegründet und am 21. Februar fand in Danzig eine Versammlung der Organisation statt, in der ein Ausschuß gewählt wurde mit dem Auftrage, die Gründung einer Ortsgruppe dieses Volkshausbundes in die Wege zu leiten. In einiger Sitzungen hat man sich mit diesem Gedanken beschäftigt und versucht, den Weg zu einem Volkshause in Danzig zu klären. Die Ortsgruppe ist nun unter dem Namen Danziger Volkshausbund begründet worden. Der Vorstand besteht aus den Herren **Hochschulprofessor Geheimer Baurat Carsten** als Vorsitzenden, **Ingenieur Möller** als Stellvertreter und Schriftführer, **Stadtrat Dr. Grünspan** als Schatzmeister, **Parteisekretär Gehl, Lehrer Fuhlbrügge** und **Rechtsanwalt Rosenbaum.** Die Ziele der Ortsgruppe sind die gleichen, wie die des Bundes, die er in seinem Aufruf darlegte. Als Denkmal des Weltkrieges soll das Volkshaus errichtet werden. Es soll die Gedanken der kommenden Geschlechter nicht allein rückwärts lenken auf das, was vergangen ist, sondern auch vorwärts auf das, was künftig Gestalt gewinnen soll. Das Volkshaus soll den kulturellen, religiösen, sozialen und politischen Bestrebungen aller Richtungen würdige Versammlungs-, Aufenthalts- und Arbeitsräume bieten. Es soll allen Bevölkerungsschichten offen stehen, jedoch insonderheit die Bedürfnisse der Minderbemittelten berücksichtigen. Für die weitere Tätigkeit des Vorstandes wurde ein Arbeitsplan entworfen.

Sonderbare Wohnungsverbesserer.

Der große Mangel an Wohnungen wird außerhalb Königsbergs in steigendem Maße anerkannt. Immer mehr wächst unter dieser Einsicht die Ueberzeugung, daß der privatkapitalistische Hausbesitz das Wohnbedürfnis nicht befriedigen kann. Der Kapitalismus ist eben auf keinem Gebiet eine dem Allgemeinwohl nützliche Einrichtung. Er ist einfach das System, das dem Besitz die Vorteile aus seinem Eigentum von den Nichtbesitzenden verschafft. Daher auch die Folge des Wohnungsmangels, die sich in dem beschleunigten Steigen der Wohnungsmieten mit seinen weiteren Wirkungen, der Unsicherheit des Mietsvertrages usw. ausdrückt.

Den Nichtsozialisten, die im Kapitalismus trotz Kriegswucher und Schleichhandel immer noch gesellschaftlich nützliche Einrichtungen sehen, sind diese Zusammenhänge nicht ohne weiteres klar. Sie mühen sich daher oft recht seltsam, die Wohnungsnot und ihre schweren gesundheitlichen und sittlichen Folgen auf irgendeine Weise zu beseitigen. So forderte der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes in Lübeck dieser Tage in vollem Ernst, die Eheschließungen während des Krieges zu verbieten!

Man faßt sich angesichts dieses Vorschlages unwillkürlich an den Kopf. Der Staat müht sich mit aller Kraft die Volkszahl zu heben und dieser Mann, der amtlich Sozialpolitiker sein soll, fordert die Verhinderung dieser Absicht und nur zu dem Zweck, daß sich die Folgen des kapitalistischen Wohnungsmonopols nicht gar zu abschreckend zeigen. Wie ungeheuer kurzsichtig dieser Vorschlag ist, beweist die einfache Erwägung, daß er völlig undurchführbar ist. Die Eheschließung läßt sich zwar verhindern, aber doch die Liebe nicht. Die selbstverständliche Folge ist trotzdem die Vermehrung der unehelichen Kinder und die Steigerung des Elends der unehelichen Mütter, des Paria der Liebe.

Erste unglaublich kurzsichtigen Vorschläge, die schlimmer als eine Bankrotterklärung sind, zeigen aber auch, wie ungeheuer schädlich es für die Massen der ärmeren Mieter ist, wenn das Mieter-Einigungsamt mit Leuten besetzt ist, die sich zwar auch noch Mieter nennen, deren Interessen aber, infolge ihrer gehobenen gesellschaftlichen Klassenlage, ganz fernstehen. So liegen die Verhältnisse leider auch in Königsberg. Kein einziger Beisitzer des Mieter-Einigungsamtes ist hier den werktätigen Minderbemittelten entnommen. Sie sind vielmehr begüterte Leute, Kaufleute usw. Nur als Stellvertreter, die aber noch niemals amtieren konnten, hat man auch einige Vertreter der proletarischen Schichten bestellt. Das ist aus praktischen Gründen sehr bedenklich. Schon die Gerechtigkeit müßte dazu führen, die Beisitzer den Schichten zu entnehmen, die vorwiegend das Mieter-Einigungsamt in Anspruch nehmen müssen. Eine bloße Anschein-Gerechtigkeit ist schlimmer als offenkundige Benachteiligung.

Gegen die Wohnungsnot.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung befaßte sich eingehend mit der Frage der Bekämpfung der Wohnungsnot. Die liberale Fraktion hatte hierzu folgenden Antrag gestellt: „Wir ersuchen den Magistrat, für sämtliche Schöneberger Familien mit mehr als drei Kindern unter 16 Jahren eine besondere Wohnungsfürsorge einzurichten: 1. durch Verhandlungen mit Hauseigentümern zu vermitteln, daß den kinderreichen Familien ihre jetzige Wohnung bis zur Behebung der Wohnungsknappheit belassen bleibt. 2. zur Verhütung drohender Obdachlosigkeit kinderreicher Familien städtische Mittel für besonders geeignete Vorfälle in Form von unverzinslichen Mietsvorschüssen oder an Mietsbehilfen bereitzustellen."

Die Sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst eine Vorlage einzubringen, durch die der Bau von kleinen Wohnungen für kinderreiche Familien vorbereitet und der Bau baldigst in Angriff genommen wird. Der Oberbürgermeister erklärte, auf Veranlassung von Oberbürgermeister Wermuth in Berlin sei ein gemeinsames Vorgehen der Groß-Berliner Gemeinden gegen die Wohnungsnot geplant. Die beiden Anträge wurden angenommen.

* **Keine Wohnungskündigung während des Krieges?** Das Amtsgericht Angermünde hat als Mieteinigungsamt in seiner ersten Entscheidung über Mietstreitigkeiten zwei von einem Hausbesitzer zum 1. Oktober 1918 ausgesprochne Kündigungen für rechtsunwirksam und beide Mieter für berechtigt erklärt, das Mietverhältnis bis zum Ablauf eines halben Jahres nach Schluß desjenigen Kalendervierteljahres, in dem der Krieg als beendigt gilt, fortzusetzen. Dem Gericht ist nachgewiesen worden, daß die beiden Personen eine Wohnung nicht finden konnten.

Kapital und städtischer Betrieb

Der letzten Stadtverordnetenversammlung hatte der Magistrat eine Vorlage unterbreitet, in der 18 000 Mark zum Ankauf und zur Vervollständigung der ehemaligen Druckerei von Spendig, Langfuhr, gefordert wurden. Die Druckerei sollte eine Reihe von Drucksachen, die der Magistrat eilig benötigt und die geheim gehalten werden sollen, herstellen. Diese Vorlage wurde leider in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. In holder Eintracht stellten sich der fortschrittliche Dr. Hermann und der nationalliberale Zeitungsverleger Fuchs und der konservative Zeitungsdirektor Brunzen vor das gefährdete Privatkapital. Ersterer erklärte ganz offen, daß durch den bestehenden Druckereien Konkurrenz gemacht würde. Um ihr Vorgehen gegen diese wirklich notwendige Magistratsvorlage sachlich zu begründen, erklärten diese „uninteressierten" Sachverständigen, daß der in Aussicht genommene Druckereibetrieb völlig veraltet sei. Stadtrat Dr. Grünspan erwiderte, daß eine Reihe anderer Städte und viele Danziger Behörden auch eigene Druckereien in Betrieb hätten, die sich sehr zum Vorteil der Gemeinden und Behörden entwickelt hätten. Leider zog Dr. Grünspan die Vorlage dann zurück. Von anderen Stadtverordneten, auch den sogenannten Arbeitervertretern, hatte niemand dafür gesprochen.

Schleichhandel und Kommerzienräte.

Aus Arbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Die scharfe Verordnung gegen den Schleichhandel und seine Abnehmer, die mit schwerer Gefängnisstrafe droht, hat seltsame Folgen. Gewisse wohlhabende Kreise verlangen nun Beseitigung der öffentlichen Bewirtschaftung und Wiedereinführung des freien Handels. Auch die „Danziger Neuesten Nachrichten" schließen sich diesem Treiben an. Am 15. April veröffentlichten sie eine Entschließung der niederrheinisch-westfälischen Handelskammer, in der behauptet wird, daß das kriegssozialistische System die Ernährung der breiten Masse der Bevölkerung beeinträchtigt.

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß die Bezeichnung kriegssozialistisches System irreführend ist.

Was Sozialismus ist, sagt das Erfurter Programm klar und deutlich. Es heißt dort:

> Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.
>
> Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet.

Mit Sozialismus haben also die unzureichenden Ernährungsmaßnahmen nichts zu tun, selbst wenn sie anfangs auch von sozialdemokratischer Seite ironisch als Kriegssozialismus bezeichnet wurden. Sie waren zwingend notwendig; ohne sie hätte Deutschland längst die Waffen strecken müssen. Der freie Handel hat versagt. Für ihn war nicht das Wohl der Allgemeinheit maßgebend, sondern persönlicher Gewinn war die Hauptsache. Noch sind die Tage nach der Mobilmachung im August 1914 nicht vergessen. Trat nicht sofort eine unerhörte Preissteigerung ein? Erst durch die von sozialdemokratischer Seite beantragte Festsetzung von Höchstpreisen wurde diesem Treiben ein Ziel gesteckt. Die öffentliche Bewirtschaftung mußte immer weiter ausgedehnt werden. Die Not zwang dazu. Der Schleichhandel verstand zwar die Bestimmungen zu umgehen und seine Abnehmer wurden für gutes Geld noch reichlich versorgt. Durch die neuen scharfen Strafandrohungen gegen Schleichhändler und ihre Abnehmer ist diesen die Sache doch bedenklich geworden. Darum heißt jetzt ihre Parole: Fort mit den Höchstpreisen! Was kümmert es jenen, deren tägliches Einkommen in die Hunderte geht, ob ein Lebensmittel den zehn- oder zwanzigfachen Betrag des Friedenspreises kostet. Es wird einfach gekauft. Ob die andere Bevölkerung das auch kann, ist diesen Kreisen gleichgültig. Unter diesen Gesichtspunkten müssen auch die Bestrebungen der niederrheinisch-westfälischen Handelskammer und ihrer Helfershelfer gewertet werden. Diese Handelskammer ist eine Vertretung des nationalliberalen Großkapitals, die „Danziger Neuesten Nachrichten" sind ebenfalls nationalliberal. Wenn diese Kreise volksfreundlich werden, dann Volk sei auf der Hut! Ihre Volksfreundlichkeit geht soweit, daß sie Arm in Arm mit den Junkern sogar — das gleiche Wahlrecht aufs schärfste bekämpfen.

Ankauf einer städtischen Ziegelei

Der Magistrat von Bielefeld hat den Ankauf der in Sieker belegenen Bökemeierschen Ziegelei beschlossen. Das Grundstück ist 82 000 Quadratmeter groß, der Kaufpreis beträgt einschließlich allem Ziegeleizubehör, aufstehendem Wohnhaus und Zieglerwohngebäude 115 000 Mk. Außerdem beschloß der Magistrat den Ankauf von 2 Millionen Ziegelsteinen. Er scheint also die Wohnungsnot durch praktische Maßnahmen bekämpfen zu wollen.

Abgabe von Lebensmitteln

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel-, Butter- und Kartoffelkarte erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Der teure Buchenlabak.

Ein Dessauer Zigarrengeschäft wandte sich an eine Tabakfirma in Hemelingen bei Bremen um Lieferung von Rauchtabak. Darauf erhielt es folgendes Antwortschreiben:

Hemelingen bei Bremen, den 15. April 1918.

P. P.

Da wir leider nicht mehr in der Lage sind, wegen Rohtabakmangels Rauchtabak zu fabrizieren, sind wir jetzt damit beschäftigt, einen Ersatz für Tabak-Erzeugnisse aus Buchenlaub herzustellen. Falls Sie hierfür Interesse haben sollten, überschreiben Sie uns bitte Ihren Auftrag rechtzeitig. Die einlaufenden Aufträge werden möglichst der Reihe nach berücksichtigt, jedoch bleibt uns die Lieferung vorbehalten, da wir nicht wissen, ob wir genügend Buchenlaub hereinbekommen, und ob wir mit unsrer heute nur noch beschränkten Arbeiterzahl alle einlaufenden Aufträge werden erledigen können.

Vorläufig liefern wir das Fabrikat im Feinschnitt zu 3 Mark das Pfund ab hier; netto Kasse nach Empfang der Ware bezw. unter Nachnahme, Unkosten werden zum Selbstkostenpreis berechnet.

Die Auswahl der Packung, ob ein Viertel-, ein Fünftel-, ein Siebentel-, ein Zehntel oder ein Zwölftel-Pfund-Paket, muß uns voll überlassen bleiben, da wir diesbezüglich jeweils von unseren Paketiermaschinen abhängig sind.

Es grüßen

Hochachtungsvoll

E. F. Schellhaß Söhne, Gesellschaft m. b. H.

Früher bezahlte man für 1 Pfund Rauchtabak von gar nicht einmal schlechter Qualität 1 Mark. Jetzt verlangt man für 1 Pfund Buchenlaub von Wiederverkäufern 3 Mark, so daß der Raucher dem Zigarrenhändler wahrscheinlich 5 Mark bezahlen muß. Und dabei kann man noch nicht einmal garantieren, das edle Kraut, das in den Wäldern zentnerweise umherliegt, überhaupt zu liefern.

Schutzvorrichtungen der Straßenbahn.

Der großen Gefahr, die die Straßenbahn für das Publikum darstellt, sind wir uns unter dem Banne der Gewohnheit meist gar nicht bewußt. Die schweren Unglücksfälle in der Großen Allee, über die wir kürzlich berichteten, erinnerten aber wieder daran.

Solche Fälle können sich jetzt täglich ereignen. Bei dem Fehlen guter, technischer Schutzmittel ist ein anderer als ein so trauriger Ausgang so gut wie ausgeschlossen. Die größte Aufmerksamkeit des Personals kann daran nichts ändern. Wie steht es jetzt aber mit dieser Aufmerksamkeit? Die Schaffnerin ist bei fast stets überfüllten Wagen das geplagteste Geschöpf der Welt. Wenn sie sich einigermaßen beim Kassieren bewegen kann, wundert sie sich über den vielen Raum. Unter diesen Umständen ist es ihr meist garnicht möglich, nahende Unfälle zu beobachten und abwehrend oder verhindernd einzugreifen. Höchstens läuft sie dann noch besonders Gefahr, der Gesellschaft wegen Ueberfüllung des Wagens Strafe zu zahlen. Dem Fahrer geht es häufig auch nicht viel anders. Sein Platz ist meist so beengt, daß er in der Bedienung des Motors und der Bremse arg behindert ist. Noch mehr als in gewöhnlichen Zeiten wird dadurch schnelles geistesgegenwärtiges Handeln bei Unfällen erschwert.

Der technische Schutz derer, die angefahren werden können, liegt im Interesse des gesamten Publikums. Es gibt durchaus bewährte Fangeinrichtungen, die den Gestürzten zur Seite schieben oder vor dem Wagen auffangen. Genau so steht es mit den Schutzgittern, die es verhindern, daß jemand zwischen Motor und Anhänger gerät. Gerade unsere Kriegsinvaliden sind in erhöhtem Maße der Gefahr, überfahren zu werden, ausgesetzt. Die bisherigen Unglücksfälle sollten aber zur ernsten Lehre dienen.

Jeder darf radfahren! — Das Radfahren war nie verboten, nur einen verkehrsfreien Reifen muß man haben. Ein solcher ist der von der Firma Schlawe, Berlin, Weinmeisterstraße 4, zu beziehende, der zu Tausenden in Gebrauch ist, denn er ist praktisch, dauerhaft und leicht aufzulegen. Wer also sein Rad wieder mit Vergnügen fahren will, bestelle sofort bei genannter Firma.

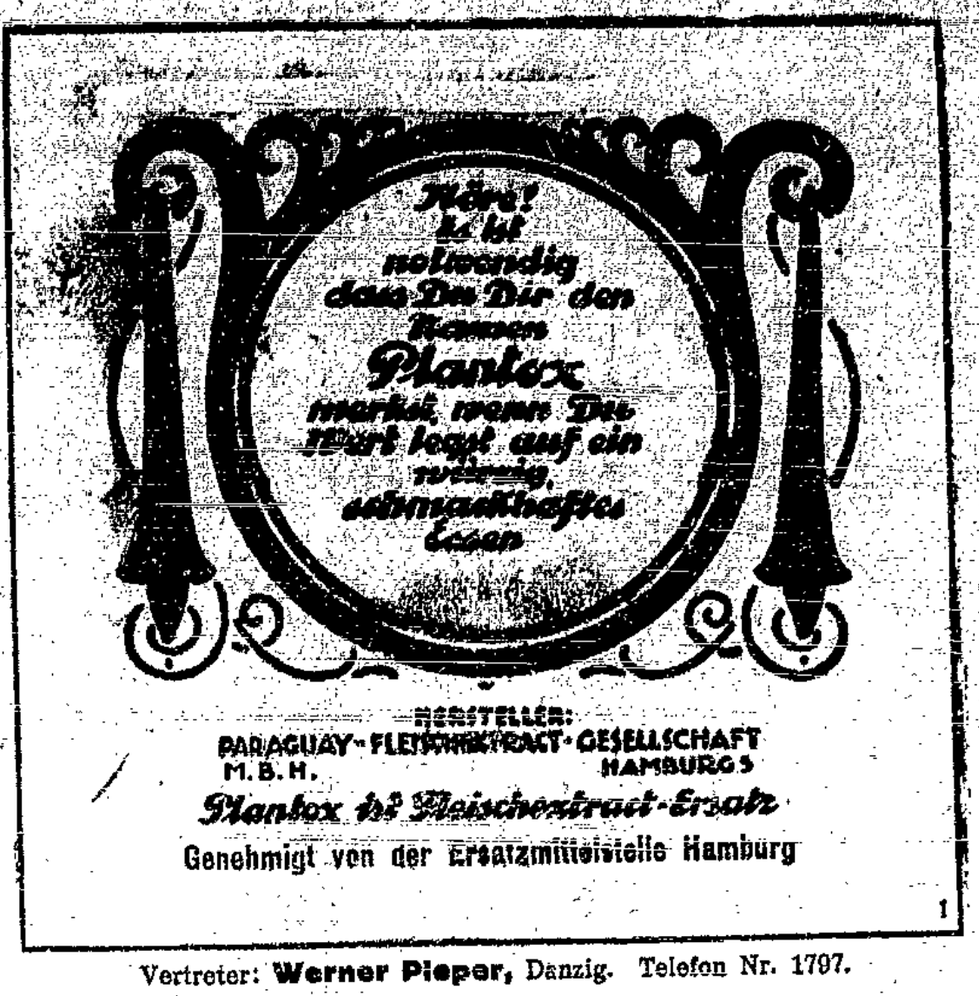
Aus Westpreußen

Hölle bei Emaus. Nun hat doch die erste sozialdemokratische Versammlung in Hölle stattgefunden. Die Genehmigung konnte nicht versagt werden. Unsere Mitglieder waren zahlreich erschienen und lauschten aufmerksam den Ausführungen des Genossen Gehl. Redner sprach über Ernährungsfragen. In der Aussprache trugen die Mitglieder ihre Wünsche vor. Ihr Bestreben geht dahin, gleich Emaus von Danzig aus mit Lebensmitteln beliefert zu werden. Dieser Wunsch ist durchaus berechtigt, da die jetzigen Verhältnisse wirklich nicht rosig sind. Unter anderem wurde auf einer Untertasse ein Stück Fleisch gezeigt, daß für 6 Personen für 4 Wochen geliefert wurde. Genosse Gehl versprach, alles zu tun, um geordnete Zustände zu schaffen.

Ohra. Im Ernährungsausschuß wurde die Kürzung der Brotration bekanntgegeben. Auf die Anfrage unserer Genossen, was es an Ersatz für die ausfallende Brotmenge gebe, wurde erwidert, daß darüber noch nichts bestimmt sei. Die wöchentliche Kartoffelmenge ist auf Anordnung des Landrats gleichfalls von 7 auf 5 Pfund herabgesetzt. Auch bei dieser Anordnung ist von Ersatz nichts gesagt. Die Arbeitervertreter verlangen für das Fehlende Ersatz. An Einmachzucker wird pro Kopf etwa 1½ Pfund verteilt werden. Es wurde der Wunsch laut, auch Süßstoff in Ohra zu verteilen. Nach Kaffeeschrot herrscht allgemein Nachfrage. Es werden nur noch wenige Familien sein, die sich eine Tasse Kaffeersatz erlauben können. Eine Nachfrage nach Garn war vergeblich. Herr Amtsvorsteher Lind verhandelt mit der Stadt Danzig wegen Ueberlassung von 15 000 Zentner Torf. Die Kartoffelversorgung wurde eingehend besprochen und Maßnahmen beraten, durch die im nächsten Herbst eine bessere Versorgung der Bevölkerung von Ohra sicher gestellt wird. Von den Besitzern in Ohra hat nicht einer auch nur einen einzigen Zentner Winterkartoffeln an die Gemeinde geliefert. Eine beschämende Tatsache.

Ohra. Das Mieteinigungsamt ist nun zustande gekommen. Herr Justizrat Sellintin-Oliva führt den Vorsitz. Als Beisitzer amtieren aus den Kreisen der Mieter Adomat, Kleinschmidt, Ohl; aus den Reihen der Vermieter Odor, Schulz, Schmedler. Das Mietseinigungsamt erledigt Wohnungskündigungen, Mietsaufschläge und Hypothekenstreitigkeiten. Die Entscheidung ist endgültig. Die Anträge müssen sofort schriftlich in doppelter Ausfertigung an das Gemeindeamt Ohra gerichtet werden. Unberechtigten Kündigungen und Mietserhöhungen wird jetzt ein Riegel vorgeschoben.

Ohra. Der Sozialdemokratische Verein hatte seine Mitglieder am Mittwoch abend zu einer Versammlung eingeladen. Parteisekretär Gehl schilderte in einem formvollendeten, gutdurchdachten Vortrage Karl Marx als Menschen, genialen Wissenschafter, Politiker und Organisator. In dem Gelöbnis stets unerschütterlich und treu zur Partei zu halten, klang die Rede aus. Der Bericht über die am gleichen Tage stattge-



Vertreter: **Werner Pieper,** Danzig. Telefon Nr. 1797.

Neue und gebrauchte

Fahrräder

federnde Holzbereifung, Lederit, Spiralen, Ersatzteile für Fahrräder.

Feuerzeuge, Taschenmesser, Scheren, Sprechmaschinen, Schallplatten, Taschenlampen, Batterien.

A. Hein, Breitgasse 113.

Fahrräder,

neue und gebrauchte Damen- und Herrenräder in großer Auswahl, beste Friedensware.

Ersatzbereifung

Holz, Tau, Spirale und Lederit, ohne polizeiliche Erlaubnis zu fahren.

Benzin- 135

Feuerzeuge

und **Gasanzünder** in großer Auswahl. Versand nach jed. Ort. Angemeldetes Karbid kann abgeholt werd.

Gustav Ehms Fahrrad-Grosshandlung

1. Damm 22-23, Ecke Breitgasse. Telephon Nr. 3478.

dene Sitzung des Ernährungsausschusses führte zu einer heftigen Aussprache. Die Redner waren der Ansicht, daß die Verkürzung der Brot- und der Kartoffelration unerträglich sei. Es müsse unbedingt vollwertiger Ersatz geliefert werden. Die Kürzung der Brotmenge sei bekanntgegeben. Aber was es an Ersatz für das ausfallende Brot gebe, wisse noch niemand. Die in der Kommission tätigen Genossen wurden aufgefordert, das Notwendige mit Nachdruck zu veranlassen.

Zoppot, 28. Mai. Die Versorgung der Kurgäste mit Lebensmitteln soll wie das Städtische Lebensmittelamt bekanntgibt, gesondert von der der Einwohner Zoppots erfolgen. Die Stadt hat für den Kurbetrieb, d. h. zur Versorgung der Hotels, Pensionate und der eigenen Küche führenden Kurgäste gewisse, äußerst geringe Sonderzuteilungen erhalten, deren Lagerung getrennt von dem für die Einwohner bestimmten Lager erfolgt. Sämtliche Badegäste erhalten besondere Lebensmittelkarten, die von denen der einheimischen Bevölkerung verschieden sind. Hierdurch wird ermöglicht, daß an Badegäste lediglich die für sie überwiesenen Lebensmittel zur Verteilung gelangen.

Graudenz: Parteiversammlung.

Der Sozialdemokratische Verein Graudenz hielt am Dienstag den 4. Juni seine Jahresversammlung ab, die den Kassenbericht und einen Vortrag über die Entwickelung der Mitgliederbewegung entgegennahm. Die Zunahme an Mitgliedern beträgt rund 60 Prozent. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Als Revisoren wurden Genossin Wriez und Genosse Schulz gewählt. Genosse Gehl hielt einen Vortrag über Mißerscheinungen in der Versorgung mit Lebensmitteln, der lebhaftes Interesse erzeugte.

Versuchsfischerei in der Ostsee

Das „Memeler Dampfboot" schreibt: Während des Krieges ist wiederholt in Fachkreisen die Frage erörtert worden, ob sich nicht der Fischreichtum der Ostsee mehr als bisher durch deutsche Fischer ausnutzen lasse. Der gesamte Fangertrag der deutschen Ostseefischerei hat einschließlich der Hasse vor dem Kriege wenig über 300 000 Doppelzentner im Werte von etwa 8 Millionen Mark betragen, wovon aber gut die Hälfte auf die Hasse entfiel. Läßt man die Hasse weg, so ergab die Ostseefischerei vom Gesamtertrag der deutschen Seefischerei nur knapp den zehnten Teil. Man hat daran gedacht, in der Ostsee einen Fischdampferbetrieb aufzunehmen, was freilich schon längere Zeit vorher mit geringem Erfolg versucht war. Eine völlige Klärung der Frage ist jedenfalls bisher nicht erfolgt. Die guten Erträge der Fischerei während der letzten Jahre haben aber jetzt schon zu einer größeren Unternehmungslust in der Ostseefischerei geführt, die sich u. a. an der ostdeutschen Küste in einer erheblichen Vermehrung der Motorfahrzeuge zeigt, in den westlichen Ostseehäfen in der Gründung mehrerer großer Fischereigesellschaften in Erscheinung getreten ist. Die Fischereigesellschaften beabsichtigen zwar, mit Fischdampfern in der Nordsee und bei Island zu arbeiten, werden aber sicher auch geneigt sein, einen Teil ihrer Fahrzeuge in der Ostsee fangen zu lassen, sofern das lohnend erscheint. Die älteste von diesen Gesellschaften, die Pommersche Schonenfahrer Kompagnie, will sich außerdem wohl auf die Ostseefischerei beschränken. Von dieser Gesellschaft ist nun der Gedanke ausgegangen, durch eine gründliche Versuchsfischerei die Frage zu klären, wie weit eine stärkere Befischung der Ostsee möglich ist, insbesondere ob eine Schleppnetzfang mit Dampfern eingeführt werden kann. Von anderer Seite ist auch die Verwendung des in Schweden mit besonderem Erfolg benutzten Beutelnetzes angeregt worden. Eine kürzlich in Stettin abgehaltene Besprechung von Sachverständigen hielt eine Versuchsfischerei in der Ostsee für notwendig und hat an den Reichskommissar für Fischversorgung das Ansuchen gerichtet, für eine solche Versuchsfischerei einzutreten. Man denkt an die Aufnahme derselben noch während des Krieges.

Gewerkschaftliches

Der Verband der Böttcher Deutschlands

beruft seinen 13. Verbandstag am 17., 18. und 19. Juni nach Würzburg ein. Die Arbeiten, die dort erledigt werden sollen, sind für die Organisation von weittragender Bedeutung.

Auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Frage der Beitragserhöhung. Revision der Erwerbslosen- und Streikunterstützung, und die Aufgaben des Verbandes nach erfolgter Demobilisierung.

Für den 9. Wahlkreis, umfassend die Städte Danzig, Landsberg a. d. W., Frankfurt a. d. O., Potsdam, Spandau, Brandenburg a. d. H., Wittenberge und Tangermünde, ist Kollege Willutzki-Danzig als Delegierter gewählt.

Im Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder wird die Organisation durch den weiteren Ausbau einen wesentlichen Fortschritt erfahren. Mögen die Arbeiten des Verbandstages der gesamten Gewerkschaftsbewegung zum Segen gereichen.

Gewerkschaftlicher Wiederaufbau nach dem Kriege

Das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission gibt über die Mitgliederbewegung der freien Gewerkschaften seit Kriegsbeginn folgende Zahlen:

Jahr Ende	Mitglieder-zahl	davon männl. Mitgl.	weibl. Mitgl.
1913:	2 525 042	2 296 777	228 265
1914:	1 502 911	1 311 179	191 732
1915:	964 853	819 872	174 981
1916:	944 575	742 665	201 910
1917:	1 275 345	942 513	332 832

Selbstverständlich sind dabei die im Heeresdienste befindlichen Mitglieder nicht mit eingerechnet. Die Zahl der gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen ging von 11 485 auf 9462 zurück. Das Vermögen der Gewerkschaften sank von 75 Millionen auf 55 Millionen Mark, den Metallarbeiterverband nicht eingerechnet, der seit 1916 keine Zahlen mehr über seinen Vermögensstand herausgibt. Angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft und der außerordentlichen Machtsteigerung des Unternehmertums in der Landwirtschaft und Rüstungsindustrie bezeichnet das „Korrespondenzblatt" als dringendste Aufgabe für den Augenblick den sofortigen Wiederaufbau der Gewerkschaften. Sie müßten rechtzeitig für den Frieden rüsten; denn alles komme auf den ersten Augenblick an. Verlege die Gewerkschaftsorganisation in dem Moment, wo die Massen auf den Friedensarbeitsmarkt zurückströmen, so ist ihr Wert auf Jahre hinaus geschädigt und zur Erfolglosigkeit verurteilt. Mit der Demobilisierung der Heere beginnt die Mobilmachung der Gewerkschaften.

Soziales

Die Kassenarzthonorare von heute.

Der Hartmannbund deutscher Ortskrankenkassen hat eine Umfrage darüber veranstaltet, welche Jahreseinnahmen die Kassenärzte bei den gegenwärtigen Honoraren erzielen. Nach den Ermittelungen erhielten einzelne Aerzte von den Ortskrankenkassen in Cassel 27 500 Mark, Chemnitz 18 000 Mark, Gera 35 000 Mark, Karlsruhe 23 000 Mark, Siegen 22 000 Mark, Lübeck 16 000 Mark, Magdeburg 17 500 Mark, München 19 500 Mark usw. In Essen erzielte im Jahre 1917 ein Arzt die Summe von 61 000 Mark an Kassenhonoraren. Dann folgen im Essener Bezirk drei Aerzte mit je 50 000 Mark, zwei mit 48 000 Mark usw. Im Durchschnitt hat jeder 12 000 Mark. Dazu kommen noch die Einnahmen von anderen Krankenkassen, Trägern der Unfall- und Invalidenversicherung, von Gemeinden, aus der Privatpraxis usw. Die Krankenkassen vertreten die Absicht, die von den Aerzten verlangten Teuerungszulagen nur dann zu gewähren, wenn der einzelne Arzt weniger als 13 000 Mark an Honorar erzielt. Die Aerzte bezeichnen diese „Zumutung" als „beschämend", sodaß dieserhalb anscheinend noch größere Kämpfe bevorstehen.

Aus der Partei

Der Parteiausschuß

tagte Freitag in Berlin in Gemeinschaft mit Vertretern der Reichstagsfraktion, der Landtagsfraktion, der preußischen Landeskommission und der Kommission zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms. Dann wurden folgende Resolutionen angenommen:

Entschließung des Genossen Gradnauer

„Der Parteiausschuß spricht die Erwartung aus, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags auch in Zukunft mit allen Kräften darauf hinwirkt, den Krieg durch einen allgemeinen Verständigungsfrieden auf Grundlage der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917 zu beendigen.

Der Parteiausschuß spricht seine Mißbilligung aus über die unzulängliche und schwachmütige Haltung der Regierung in der Preußischen Wahlrechtsfrage.

Der Parteiausschuß erklärt, daß die geplante Einschränkung der Befugnisse des Abgeordnetenhauses und die sogenannten „Sicherungen" mit einer loyalen Durchführung der feierlichen Zusagen in den Botschaften des Kaisers nicht im Einklang stehen und eine Entwertung des gleichen Wahlrechts bedeuten, die dem von der Regierung zur Schau getragenen Vertrauen zum Volke durchaus widerspricht.

Der Parteiausschuß tadelt aufs schärfste die zögernde und nachgiebige Haltung der Regierung gegenüber dem volks- und vaterlandsfeindlichen Vorgehen der agrarischen und schwerindustriellen Parteien. Er fordert aufs dringlichste die unverzügliche Auflösung des Abgeordnetenhauses, falls bei der bevorstehenden Abstimmung das gleiche Wahlrecht wiederum abgelehnt wird. Er bringt im Namen der preußischen und der deutschen Arbeiterschaft den Entschluß zum Ausdruck, den Kampf für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung bis zum vollen Erfolge durchzuführen."

Ebenso zugestimmt wurde dieser Resolution des Genossen Auer-München:

„Zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln fordert der Parteiausschuß die strengste Erfassung aller wichtigen Lebensmittel zur öffentlichen Bewirtschaftung. Er erwartet von der Reichstagsfraktion die rücksichtsloseste Bekämpfung der auf die Aufhebung dieses Prinzips gerichteten Bestrebungen, wie sie sich u. a. in dem Antrage des Abgeordneten Rösicke auf Einführung einer Landumlage und Freistellung aller über ein bestimmtes Ablieferungssoll gehenden landwirtschaftlichen Produkte zur völlig freien Verfügung für die Landwirtschaft zeigen. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre lediglich die Legitimierung des Schleichhandels und Lebensmittelwuchers zur Aushungerung des Volkes, eine unerträgliche Preissteigerung der öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel und der Zusammenbruch unserer Volksernährung."

Der Parteiausschuß zum Aktionsprogramm

Der Parteiausschuß beschäftigte sich am Schluß seiner Tagung mit dem Entwurfe des neuen Aktionsprogramms. Genosse Scheidemann erstattete das Referat. Es könne gar keine Rede davon sein, daß dieser Plan irgendwelche Forderungen des Erfurter Programms aufheben oder preisgeben oder gar das Programm als Unterlage unserer politischen Arbeit ausschalten wolle. Entsprechend der Auffassung des Würzburger Parteitages solle es vielmehr die Richtlinien geben für unser Handeln gewissen Notwendigkeiten gegenüber, vor die der Krieg die Partei gestellt habe. In diesem Charakter als Arbeitsplan seien auch die Beschränkungen begründet, die sich die Kommission bei der Abfassung habe auferlegen müssen.

Nach einer längeren Aussprache, in der allgemein die Arbeit der Kommission für die Aufstellung des Aktionsprogramms anerkannt wurde, und einige Wünsche nach Erweiterung geäußert wurden, stellte sich der Parteiausschuß in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand auf den Standpunkt, daß man der Presse und den Organisationen noch Zeit lassen müsse, den Entwurf ausgiebig zu diskutieren. Die endgültige Beschlußfassung wird deshalb bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Genosse Otto Braun vom Parteivorstand macht noch Mitteilungen über die Entwicklung der Parteipresse und der Organisationen, wie sie sich nach den vorläufig noch nicht vollständigen Berichten der Organisationen darstellt. Sie ergeben, daß die Presse eine höchst erfreuliche Zunahme an Lesern zu verzeichnen hat und daß auch die Parteiorganisation in guter Aufwärtsentwicklung begriffen ist.

Aus aller Welt

Eine feine Gesellschaft

Vor dem Landgericht München I hatte sich die 46 Jahre alte Privatiere Eugenie Brückner wegen Kuppelei und falscher Anschuldigung zu verantworten. Die Angeklagte lieh ihre 19 Jahre alte Tochter an vermögliche Herren aus oder gestattete den Besuch der Liebhaber in ihrer Wohnung. Einer der Verehrer, Major Döllner Hundt, nahm schließlich das junge Mädchen zu sich ins Haus; als aber die Mutter erfuhr, daß der Major nicht vermögend sei und ein Perlenhalsband verlegen mußte, um in der Pension, in der er längere Zeit mit der jungen Brückner geliebt hatte, die Kosten bezahlen zu können, verlangte die „besorgte" Mutter ihre Tochter zurück und erstattete Anzeige wegen Entführung. Der Major antwortete mit Anzeige wegen Kuppelei und machte sehr belastende Aussagen über die Angeklagte. Vor Gericht wurde der Kuppeleifall durch Zeugenaussagen in recht bedenklicher Weise beleuchtet. So wurde u. a. durch den — kommissarisch vernommenen — Syndikus des Industriellenverbandes Dr. Seyfle festgestellt, daß er mit der Tochter öfter in der Wohnung der Mutter zusammengekommen sei. Auch der 75 Jahre alte Kaufmann Bloch unterhielt mit der jungen Brückner ein Verhältnis, das er aber abbrach, als er gar zu unverschämt gemurkt wurde. Das Gericht sprach Eugenie Brückner von der Anklage falscher Anschuldigung frei, verurteilte sie aber wegen Kuppelei zu 3 Monaten Gefängnis.

— **Eine Berliner Ehetragödie** hat sich in den Strausberger Straße 4 abgespielt. Dort bei der Bäcker Schoßpach sich nach einem heftigen Zank mit seiner Frau mit Leuchtgas vergiftet. Sofort vorgenommene Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg begleitet. Einige Stunden später vergiftete sich seine 24 Jahre alte Ehefrau Emma. Als sie aufgefunden wurde, war sie bereits tot.

— **Im Dienste tödlich verunglückt.** Auf dem Gleis 13 des Lehrter Güterbahnhofes in der Heidestraße wurde der 29 Jahre alte Rangierer Wilhelm Voigt beim Anhängen von Eisenbahnwagen von einem Wagen an der rechten Brustseite getroffen und sofort getötet.

— **Bei der Verhaftung von einem Schutzmann erschossen.** Bei der Verhaftung wurde Dienstag morgen in Berlin der fahnenflüchtige Soldat Richard Otto aus der Georgenkirchstraße 22 erschossen. Otto war von einem Ersatz-Bataillon entwichen und nach Berlin gekommen. Es wurde festgestellt, daß er sich bisweilen in seiner Wohnung aufhielt. Dort war er auch in der vergangenen Nacht. Dienstag früh gegen 6 Uhr begab sich der Schutzmann des 1. Reviers in die Wohnung, um ihn festzunehmen. Otto ergab sich scheinbar willig in sein Geschick und ging mit dem Beamten fort. Kaum aber hatten beide die Straße erreicht, als er sich weigerte, weiter zu folgen, griff den Beamten an und versuchte, sich mit Gewalt zu befreien. Der Schutzmann griff in der Notwehr zur Dienstpistole und gab auf Otto einen Schuß ab, der ihn tödlich traf.

— **Waldbrände in Oesterreich.** Wien, 4. Juni. Nach Blättermeldungen aus Prag brennen seit Donnerstag die ausgedehnten Torfmoore bei Wittingau und die angrenzenden Wälder. Neun Hektar Torfmoor sind schon vom Feuer erfaßt worden. Der Brand schreitet noch fort. Die umliegenden Gemeinden leiden sehr durch die gewaltige Rauchentwicklung.

— **Bei dem großen Brande von Stambul** waren auch die dem betreffenden Stadtviertel gelegenen großen Spitäler, die Volksschule und die Höhere Töchterschule gefährdet; sie wurden jedoch gerettet. Ebenso wurde dank der Anstrengungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen die Tabakfabrik der osmanischen Regie vor dem Brande behütet. Die Blätter haben mit Worten lebhaftesten Dankes die Mitwirkung deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen bei den Arbeiten zur Bewältigung des Brandes hervor. „Vakit" zufolge wird eine große mit in- und ausländischem Kapital gebildete Gesellschaft gegründet, um das durch den Brand zerstörte Stadtviertel so rasch als möglich für Rechnung der Eigentümer der Baulichkeiten wieder aufzubauen.

— **Die Gattin erdrosselt.** Ein schweres Verbrechen wurde durch die Berliner Kriminalpolizei in Wittenberg aufgedeckt. Eine Berliner Familie erhielt von einem Verwandten, dem zum Militärdienst eingezogenen Krankenwärter Max Fuß aus Wittenberg die Nachricht, daß seine Frau plötzlich verstorben sei. Zur gleichen Zeit mit dieser Trauernachricht kam aber eine Ansichtspostkarte der Verstorbenen an, aus der zu schließen war, daß die Frau vor ihrem Tode in recht vergnügter Stimmung gewesen sein muß. Die Verwandten hatten ihre Wahrnehmungen der Polizei mit, und diese stellte fest, daß Fuß seine Frau im Schlafe erdrosselt und dann die Treppe hinuntergestoßen hatte, um einen Unfall vorzutäuschen. Es wurde weiter festgestellt, daß Fuß in den letzten Tagen in Berlin bei seiner Geliebten geweilt hat.

Literatur

— **Sven Hedin, „Jerusalem".** Feldpostausgabe. 160 Seiten Text mit 25 Abbildungen und 1 Karte. (Leipzig, F. A. Brockhaus.) Geheftet 1,50 Mark.

Was wird aus Jerusalem? Diese Frage beschäftigt, wie einst zur Zeit der Kreuzfahrer, ganz Mitteleuropa. Nach der Niederwerfung Rußlands wurde Jerusalem der Brennpunkt des Krieges im Osten. Denn Palästina ist der Westpfeiler der Brücke, die der englische Militarismus von Aegypten über Land nach Indien schlagen dachte. Hedin bereiste Palästina, nicht lange bevor die Gegner gegen die heilige Stadt vorrückten. Was er in seiner anregenden und unterhaltenden Erzählungskunst, die Millionen deutscher Leser längst etwas Heimatliches geworden ist, von seinen Erlebnissen in Palästina und Syrien bis zur türkischen Westfront in der Nähe des Suezkanals und von den dortigen Zuständen berichten weiß, trifft daher wieder einmal ins Schwarze des öffentlichen Interesses. Ebenso reich an fruchtbaren Gesichtspunkten wie in seinem vorigen Werk „Bagdad, Babylon, Ninive", läßt Hedin auch hier als Hintergrund der lebendigen Gegenwart die Jahrtausende alte Vergangenheit des gelobten Landes in gigantischen Bauwerken, denkmälern und Ruinen, in epochemachenden Ereignissen und Persönlichkeiten der Weltgeschichte wiedererstehen.

Jerusalem ist natürlich der Höhepunkt dieser Reiseschilderungen. Wir wandern mit Hedin durch die engen, holperigen Stufenstraßen der heiligen Stadt, lassen den Zauber ihrer ribetartigen Landschaft auf uns wirken und lauschen in ergriffener Andacht den Erinnerungen, die der bibelkundige Führer im Garten Gethsemane, an den Stationen der Via dolorosa und in der Kirche des Heiligen Grabes in uns wachruft. Eigentümlich „aktuell" mutet uns die Geschichte der Zerstörung Jerusalems an — jedem drängen sich da Vergleiche mit gegenwärtigen Zuständen auf! — und was er über die Heuschreckenplage zu berichten weiß, zeigt schlagend die Wahrheit biblischen Erzählungen, die man geneigt war für orientalische Uebertreibungen zu halten.

Der Reichtum des Buches ist damit nicht erschöpft. Da ist das uralte Damaskus mit seiner Omaijadenmoschee, Baalbek mit seinen herrlichen Ruinen aus griechisch-römischer Zeit, der See Genezareth mit Tiberias, Kapernaum und all den Orten, deren Namen jedem Christen und Juden geläufig sind, Nazareth und Bethlehem, Jericho und das Tote Meer. Ein Besuch in den Judenkolonien von Jaffa gibt Veranlassung zu einer aufschlußreichen Erörterung über den Zionismus, und zum Schluß führt dann ein Ausflug an die türkisch-deutsche Front in Aegypten aus so viel Vergangenheit wieder in die nicht minder bedeutungsvolle Gegenwart zurück. Kurz, Hedins „Jerusalem" ist „keineswegs das geringste" unter den Kriegswerken Hedins, im Gegenteil; birgt doch der Stoff Werte, die eben nur im Heiligen Lande zu finden sind und diesem Buche eine besonders große Gemeinde schaffen werden.

Nr. W. G. 547/5, 18 K. R. A. Kst. Id Nr. 5803.

Mit dem heutigen Tage wird die am 4. August 1917 veröffentlichte Bekanntmachung Pa. 9./8. 17 K. R. A. (Kst. Id Nr. 5552)

Herstellungsverbot von Papiermundtüchern und Papiertischtüchern aufgehoben.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 1. Juni 1918.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm, Marienburg.

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl
Julius
Goldstein
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Echt gekachelten Schnupftabak garant. rein.
Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakfachel
Danzig, Ecke Hätergasse 5 u. 2 Priestergasse 5. Fernspr. 24

Friedenskrach in Frankreich

Stockholm, 4. Juni. „Svenska Dagbladet" zitiert aus „Homme [illegible]" einen Aufsatz, in dem gefragt wird, ob Frankreich tatsächlich [illegible] einer Panik ergriffen sei, die den Beginn der Friedensbewegung [illegible]deute. **Wenn ja, dann wäre den Mittelmächten ein größerer Dienst geleistet, als mit der Eroberung der französischen Seehäfen.** „Svenska Dagbladet" schreibt: In Clemenceaus Organ wird also die Frage aufgeworfen, ob die französische Friedensbewegung ein entscheidender Machtfaktor werden kann. **Das scheint zu beweisen, daß diese Bewegung bereits ein Faktor ist, mit dem man rechnen muß, und der schließlich die Oberhand gewinnen kann. Damit wäre die Welt dem Frieden einen großen Schritt näher gekommen.**

Dänischer Königsgruß an die Frauen

Kopenhagen, 28. Mai. (Ritzau.) Der Reichstag wurde heute unter großer Feierlichkeit im Schloß Kristiansborg, dem neuen Reichstagsgebäude, eröffnet. Der König verlas folgende Thronrede:

Dänische Männer und Frauen!
Mitglieder des Reichstages!

Wenn ich gewünscht habe, unter Ihnen persönlich diese Reichstagseröffnung zu eröffnen, so geschieht dies, wie alle einsehen werden, weil dieser Tag für unser Vaterland so bedeutungsvoll ist. Zum ersten Male tritt der Reichstag zusammen, zusammengesetzt und einberufen nach dem dänischen Verfassungsgesetz, das allen Bürgern des Landes, Frauen wie Männern, das gleiche Recht gibt, sich an der Gesetzgebung zu beteiligen.

Auch in anderer Hinsicht ist dieser Tag bedeutungsvoll, da zum ersten Male nach bald 34 Jahren der Reichstag wieder an diesem historischen Orte zusammentritt, wo ehemals seine Heimstätte war und wo jetzt ein neues Kristiansborg als Sitz des Königs, des Gesetzes und des Rechtes eröffnet wird als Heim Ihrer Verhandlungen und Beschlüsse. Während also vieles sich zu vereinigen scheint, um diesen Tag hell und festlich zu gestalten, haben alle doch ihre Gedanken darauf gerichtet, daß auf unserer Zusammenkunft wie auf Ihrer künftigen Arbeit schwere und dunkle Wolken ruhen. **Während des Weltkrieges wurde das nun gültige Grundgesetz geschaffen.** Aus der neuen Verfassung hervorgegangen, tritt der Reichstag zu einem Zeitpunkt zusammen, wo noch die Staaten und Völker, zu denen Dänemark glücklicherweise freundschaftliche Beziehungen unterhält, im Kriege zueinander stehen, während Schwierigkeiten und Gefahren in erhöhtem Maße neutralen Staaten bereitet werden.

Ihrer Arbeit wünsche ich Glück und Segen, daß sie zum Wohle des Volkes und Ihres Landes, zur Bewahrung des Friedens und zur Erhaltung der Selbständigkeit des Reiches beitrage. Die strenge und zweckmäßige neutrale Politik, welche die Regierung behauptete, hat die uneingeschränkte Zustimmung der Bürger des Landes und aller Parteien des Reichstages erhalten und hat bei den kriegführenden Mächten Anerkennung gefunden. Diese Politik wird die Regierung unabänderlich auf dem bisher verfolgten Wege fortsetzen und wir müssen hoffen, daß im Zeichen der Neutralität unsere Bestrebungen, die Versorgung des Landes und die Erwerbstätigkeit zu sichern, nicht auf Schwierigkeiten stoßen werden, die sich nicht durch Verhandlungen überwinden lassen. Mit innerlicher Freude, die, wie ich weiß, von Ihnen allen geteilt wird, hebe ich die immer wachsende Zusammenarbeit zwischen den drei nordischen Völkern hervor. Im Innern des Landes muß die Arbeit wie bisher darauf gerichtet sein, den auf der Bevölkerung ruhenden harten Druck zu lindern, den der Weltkrieg auf so vielen Gebieten verursacht hat.

Deutschland

Das Herrenhaus gegen das Volksrecht

Berlin, 4. Juni. Die „Kreuzzeitung" und die „Deutsche Tageszeitung" veröffentlichen folgende Erklärung: **Wiederholt erscheint in den Tageszeitungen die Bemerkung, daß im Herrenhause eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht vorhanden sei. Wir erklären, daß dies eine bisher durch nichts begründete willkürliche Annahme ist, die Verwirrung stiften kann. Die Mitglieder des Herrenhauses von Blankenburg, von Grumme-Douglas, von Hertzberg, von Kleist, von Knebel-Döberitz, von Oppenfeld, von Somnitz.** —

Vom „Herren"hause hat kein politisch Denkender eine andere Stellung erwartet. Trotzdem wirkt es aufklärend, daß die Anklage auf unbelehrbare Volksgegnerschaft von führenden Herrenhäuslern öffentlich bestätigt wird. **Das war aber selbstverständlich nicht die Ursache dieses ungewöhnlichen Vorganges. Durch die bemerkenswerte Erklärung sollten Höherstehende in besonderer Weise getroffen werden! Wollte man diesen Auftakt des Herrenhaus-Heerbannes gegen das Volksrecht in dieser klaligen Zeit richtig würdigen, dann müßte man vorschlagen, zum ewigen Andenken für diese Tat des preußischen Hochadels im Weltkriege eine Pyramide zu errichten, wie sie keinem ägyptischen König erbaut worden ist. Aber selbst dadurch wäre der Abstand zwischen den Blutopfern der Helden der Westfront und dieser Junker-Attacke noch nicht annähernd richtig markiert!**

Die Klagen des v. Oldenburg

„Der Purpurmantel des Kaisers."

Auf der Dresdener Versammlung der sächsischen Agrarier hat v. Oldenburg-Januschau seinen Wünschen und Schmerzen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik Luft gemacht. Nach einem nicht gerade freundlichen Seitenblick auf unsere „verehrten Bundesgenossen in Oesterreich" fuhr er fort:

Unsere inneren Verhältnisse sind wenig erfreulich. Der alte Vers: „Gleich hinter Meißen, pfui Deibel, da kommt Preußen" hat seine Geltung verloren. Ich wünsche aber, daß die Zustände in Preußen nicht so werden, daß sie eine Gefahr darstellen, auch für Sie in Sachsen. **Wir sind jetzt katholisch und blauweiß angestrichen. Wenn wir uns nicht auf unser altes Preußentum besinnen, dann geht nicht nur Preußen, sondern auch das Reich in die Knie. Wenn die Führung Preußens beseitigt wird, wird ein unwahrhaftiger Zustand hergestellt, der nicht bestehen kann.** Im Herrenhause werden wir nicht hinter dem Berge halten, wenn die Wahlrechtsfrage an uns kommen wird. **Dem Umsturz liegt vor allem daran, daß Preußen herunterkommt. Gibt man die direkten Steuern einem Parlamente ohne Oberhaus, so hört jede Finanzgebarung auf. Die Sozialdemokratie reißt in der Meinung: Fällt der Mantel, fällt auch der Herzog! von dem Purpurmantel des Kaisers Streifen um Streifen ab, ohne daß die Minister sich dagegen wehren. Diesem Sturm muß furchtlos begegnet werden.**

Unsere äußere Politik hat viel zu wünschen übrig gelassen. **In unserem Vaterlande ist eine Verwahrlosung eingerissen, weil Bethmann immer vor den Sozialdemokraten zurückging und nicht regierte, das heißt, nicht kämpfte. Wir haben den lächerlichen Zustand, daß einzelne Personen, Erzberger, Scheidemann, regieren, daß Bayern und Württemberg regieren,** Preußen und Sachsen aber haben nichts zu sagen. Graf Hertling hat gar oft gefehlt, aber klüger wie seine Stellvertreter ist er immer noch, denn er hat die Böcke immer wieder gut gemacht, die sie begangen haben. **Erzberger konnte regieren, weil es Bethmann ihm gestattete. Graf Hertling aber hätte ein einfaches Mittel. Er brauchte nur die militärische Reklamation nicht zu wiederholen. Langsamen Schritt und etwas Wind unter die Nase, das könnte Erzberger nichts schaden. Dann könnte Erzberger ja versuchen, ob er mit dem englischen Generalissimus schneller zum Friedensschluß kommt als mit Lloyd George.**

Des weiteren empfahl Herr v. Oldenburg, an Stelle unserer Botschafter „zusammengeschossene Offiziere" zu setzen, tadelte die bisherigen Friedensschlüsse und forderte, daß der Kaiser Hindenburg und Ludendorff beauftrage, den Friedensschluß im Westen zu vollziehen. Die sächsischen Landwirte quittierten diese Darlegungen mit „minutenlangem, begeistertem Beifall".

Heeresunfähige zum militärischen Arbeitsdienst

Der Bundesrat hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zugehen lassen, nach dem „während der Dauer einer angeordneten Kriegsbereitschaft Wehrpflichtige, die infolge eines strafgerichtlichen Urteils zum Dienste im Heere und in der Marine unfähig sind, zum militärischen Arbeitsdienst in besonderen Verbänden herangezogen werden können. Auf sie finden die für die Personen der 2. Klasse des Soldatenstandes geltenden gesetzlichen Bestimmungen Anwendung."

Ein Frevel am deutschen Volke

Oberpräsident von Batocki gegen Rösicke

Unter der Ueberschrift: **„Nicht Abbau, sondern Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems"** äußert sich Oberpräsident von Batocki in der „Frankfurter Zeitung" zu dem Rösickeschen Antrag, der bekanntlich in der Hauptsache fordert, daß die Produktion von Getreide und Kartoffeln nur zu einem Teile von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt werde und der übrige Teil dem Erzeuger zum „freien" Verkauf zur Verfügung bleibe. von Batocki rät zu einer Ablehnung des Antrages und kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

„Erst dann, wenn die Versorgung der Heerespferde mit Hafer, der Soldaten und der städtischen Bevölkerung meinethalben nur der „Minderbemittelten", die freilich bekanntlich 90 bis 95 vom Hundert der Gesamtbevölkerung ausmachen, mit Brot und Kartoffeln durch eigene Ernte und Zufuhr völlig gesichert ist, kann und muß mit dem Abbau des Systems begonnen werden. **Vorher wäre dieser Schritt eine Gefährdung unserer Existenz und ein Frevel am Schicksal des deutschen Volkes.**" —

Dieses tapfere Wort wird ein Ehrenzeichen des ostpreußischen Oberpräsidenten, vielleicht weit über seine früheren Verdienste in der Ernährungsfrage hinaus, bleiben. Es gehört nicht wenig Mut dazu, den von Oldenburg und Rösicke gerade bei diesen Bestrebungen in den Arm zu fallen. Daß er es trotzdem tat und die volksfreundlich maskierten Bestrebungen der Hochagrarier auf weitere Verschlechterung und Verteuerung unserer Ernährung so ungeschminkt deutlich kennzeichnete, muß ihm jeder danken, der von diesen Plänen bedroht wurde. **Wenn aber ein so kluger und vorsichtiger Diplomat wie von Batocki sich gedrängt fühlt, so kraftvoll zu sprechen, dann beweist das vor allem, wie groß die Gefahr ist, die dem deutschen Volke noch im vierten Kriegsjahre von jener Seite droht.** Die von uns wiedergegebene Aeußerung eines ostpreußischen Rittergutsbesitzers über die Verwerflichkeit der Rösickeschen Pläne wird durch von Batocki zu unserer großen Genugtuung voll gedeckt.

Wieder eine Attacke gegen die hohen Arbeiterlöhne

Gewisse Kreise, darunter die „Deutsche Tageszeitung", können es nicht unterlassen, Stadt und Land in einen tiefbedauerlichen Gegensatz zu bringen. Weil man dem Arbeiterstande, der im Kriege seine Pflicht erfüllt, nichts am Zeuge flicken kann, müssen immer wieder „die hohen Löhne der Arbeiter" zur Verhetzung herhalten oder auch zur Begründung von Wucherpreisen bei Landwirtschaft und Handel. In Nr. 223 schreibt die „Deutsche Tageszeitung": „Die durch die Teuerung verursachte Notlage scheint für manche Kreise noch recht erträglich zu sein oder zu unsinnigen Ausgaben zu verführen".

Man sollte glauben, unter den „manchen Kreisen" wären die Kriegsgewinnler zu verstehen, die Millionengewinne einheimsen und ihr Geld in Gold und Brillanten, Bildern usw. anlegen, oder die Landwirte, die die Notlage des Volkes benutzen, um unerhörte Kapitalien aufzuspeichern. Doch nichts davon. Die Arbeiter sind damit gemeint. Und als Beweis dienen: Zunahme des Theaterbesuches, erhöhter Verbrauch von teurem Schaumwein und Steigerung der Rennwetten. Aber das genügt nicht. In Nr. 228 holt dasselbe Blatt, dem die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte nie hoch genug sein können, noch etwas nach. „Die Arbeiter" seien in der Lage, „sich Gänse, Butter, Schinken zu Ueberpreisen zu leisten, teuren Rotwein zu kaufen, Anzüge für 300 Mark zu bestellen" usw." In einer Berliner Munitionsfabrik wurden „gelegentlich Festabende mit Tanz veranstaltet, zu denen die Arbeiter einen Geldzuschuß von 20 Mark erhalten." Schlußrefrain: „Daraus erhellt ohne weiteres die soziale Lage in gewissen Arbeiterkreisen."

Das Blatt nennt keinen Namen der Fabrik, weshalb wir die Behauptung nicht nachprüfen können. Aber diese Verallgemeinerung spottet doch aller Beschreibung. Bezahlt etwa der Arbeiter Gänse, Schinken und Butter zu Ueberpreisen, weil es ihm Freude macht? Er tut es lediglich, weil die festgesetzte Ration bei der angestrengten Tätigkeit zum Lebensunterhalt nicht ausreicht, er bezahlt es doch, weil viele Landwirte die Produkte zu normalen Preisen nicht abliefern, sondern erst warten, bis ihnen Schleichhändler und Leute, die sich in Not befinden, Wucherpreise bezahlen. Und wenn Anzüge bis zu 300 Mark gekauft werden, so geschieht es deshalb, weil billiger keine mehr zu haben sind, und der Arbeiter an glühenden Feuern, im Bergwerk, in der öl-, gas- und säuregeschwängerten Luft der Fabrik mehr Kleider gebraucht als sich manche Kreise vorstellen, die noch keine Schwielen in den Händen haben. Wie die Herrschaften auf dem Lande leben, ist bekannt. Vielleicht begibt sich der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung" einmal ins Hotel Adlon, in den Kaiserhof oder auch in andere Berliner erstklassige Hotels, in denen keine Arbeiter verkehren, da kann er sehen, wie die Herren Großindustriellen und Großagrarier zum Frühstück Butter pfundweise und Eier dutzendweise auspacken und ihre faden Witze dabei über die verabreichte Marmelade machen. Man kann auch die Beobachtung in D-Zügen machen, in denen jetzt keine Arbeiter fahren. Die Zunahme des Sektverbrauches usw. hat also andere Ursachen. Arbeiter verdienen ihr Geld zu sauer, als daß sie es in Sekt anlegen sollten.

„Unabhängige" Wahlrechtstaktik

Rat- und hilflos steuern die „Unabhängigen", um nur nicht etwas zu tun, was die Sozialdemokratie ausführt, im Meer des politischen und sozialen Geschehens. Besonders widerspruchsvoll benahmen sie sich sogar in der Wahlrechtsfrage. **Zuerst entdeckte ihre Zentralleitung selbstverständlich wieder ganz im Sinne der Taktik des Grafen Westarp für die glatte Ablehnung der Wahlrechtsvorlage.** Diese unerhörte Tatsache stellt Klara Zetkin in der „Leipziger Volkszeitung" fest, weil sie darüber entrüstet ist, daß es nicht dabei blieb!

Denn das „unabhängige" „Berliner Mitteilungsblatt" schildert den weiteren Verlauf der Dinge:

„Bemerken möchten wir jedoch, daß unter „Vertretung der Partei" nicht die Zentralleitung zu verstehen ist. **Diese nahm fast einstimmig in bezug auf die Abstimmung über die preußischen Wahlgesetze eine Stellung ein, die der der Landtagsfraktion völlig entgegengesetzt war. Erst eine auf breitere Grundlage gestellte Vertretung der Partei schloß sich der Auffassung der Landtagsfraktion an und stützte diese durch den obenerwähnten Beschluß** (der Wahlrechtszustimmung!)."

Für die „auf breitere Grundlage gestellte Vertretung" ist es durchaus ehrenvoll, daß sie die Verdrehtheit der Zentralleitung nicht mitmachte und den praktischen Beschluß der Fraktion bestätigte. Amüsant ist an der Sache, daß „die Massen" hier schon wieder einmal nicht gewollt haben wie die „unabhängige" Obrigkeit, vielmehr deren weltfremden Spitzfindigkeiten energisch ablehnten. Die zielsichere „Einheitlichkeit" der „Unabhängigen" zeigt sich in diesem blinden Spiel mit dem Schicksal des Volkes geradezu abschreckend.

Rußland

Die Lage der Bolschewiki-Regierung

Stockholm, 30. Mai. „Politiken" veröffentlicht ein Interview mit einem aus Moskau eingetroffenen Kurier der russischen Regierung über die Lage in Rußland. **„Wir können feststellen"**, sagte der russische Kurier, **„daß die Bürger, besonders die Kleinbürger der Mittelklasse begonnen haben, allmählich ihre Arbeitskraft dem Staate zur Verfügung zu stellen. Ihr Widerstand nimmt an Umfang und Bedeutung ab.** Das können wir nicht sagen, soweit es das wohlhabende Bürgertum betrifft, das noch immer gegen die Bolschewiki gerichtet ist. **Die Bourgeois glaubten, die Bolschewikiregierung werde sich bloß einige Wochen halten. Obwohl sie nun ihren Irrtum einsehen, versuchen sie dennoch gegen die Regierung zu intrigieren und ihr entgegenzuarbeiten. Sie erwarten, daß die Deutschen (!) sie von den Bolschewiki befreien werden. Die Regierung sitzt aber unerschütterlich im Sattel. Keine Macht auf Erden vermag sie zu stürzen.** Keine Partei und keine Gruppe besitzt derartigen Einfluß, daß sie etwas mit Hoffnung auf Erfolg gegen die Bolschewiki unternehmen könnte, die täglich neue Erfolge ernten. **Sie haben sich in letzter Zeit eines besonders großen Anschlusses unter der Bauernschaft zu erfreuen gehabt.** Zum Beispiel bei den letzten Wahlen im Gouvernement Moskau, wo sie einen glänzenden Sieg davontrugen. Dieses Gouvernement befand sich früher in den Händen der Sozialrevolutionäre. Die Lebensmittelverhältnisse in Moskau sind recht gut, dagegen in Petersburg schlecht. Der Grund ist zur Hauptsache in den schwierigen Verhältnissen bei der Eisenbahn zu suchen, deren Zustände immer noch verwirrt sind. Das eingeführte Kartensystem in den Großstädten wirkt niederdrückend. Schwarze Banden, die vermutlich mit den Reaktionären unter einer Decke stecken und sich Anarchisten nennen, versuchen auf alle Weise der Regierung die Arbeit zu erschweren. Sie stehlen alles, was sie nur bekommen können, indem sie Häuser, Eßwaren, Kleider „expropriieren". Wir mußten den offenen Kampf gegen diese Banden aufnehmen."

Frankreich

Verhaftung von Arbeiterführern in Paris

Bern, 30. Mai. Die Verhaftungen in den Pariser Gewerkschaften und Arbeiterführerkreisen nehmen, Pariser Zeitungen zufolge, einen immer größeren Umfang an. Jouhaux, der Führer der Confederation Generale du Travail, beschwert sich in der „Bataille" über die Gewaltpolitik Clemenceaus. Auch Renaudel greift in der „Humanité" Clemenceau an. Er sagt, die gestern gemeldeten Gerüchte über eine Umänderung des Kabinetts seien nicht von den Feinden, sondern den Freunden Clemenceaus ausgestreut worden. Die Gewaltpolitik Clemenceaus könne nicht fortdauern. Man habe nicht einmal der Presse erlaubt, die Wahrheit über die Gründe des kürzlichen Ausstandes der Arbeiterschaft zu sagen. Die Brutalität, mit der gegen die Arbeiterschaft vorgegangen werde, sowie gewisse diplomatische Handlungen Clemenceaus hätten zum Ausstand geführt.

Spanien

Die Massen-Epidemie in Spanien

Nach amtlichen Madrider Mitteilungen, die bei der Berliner spanischen Botschaft eingegangen sind, sind alle Berichte, die Reuter und Havas über die Massenerkrankungen in Spanien ausgegeben haben, übertrieben. Die spanischen Aerzte betrachten die Krankheit keineswegs als eine geheimnisvolle, nicht erforschbare Erscheinung, sondern nach den klinischen und bakteriologischen Untersuchungen steht es einwandfrei fest, daß es sich um eine Art Influenza oder Grippe handelt, die mit sehr heftigem Fieber einsetzt, aber auch sehr bald in Genesung übergeht. Trotz der starken Uebertragbarkeit und der großen Zahl der Krankheitsfälle sind ernste Ausgänge fast nicht zu verzeichnen. Ueber das Befinden des Königs ist nichts Ungünstiges bekannt geworden; die Aerzte hatten bisher keinen Anlaß, Tagesberichte zu veröffentlichen. Danach muß man annehmen, daß auch der König in einigen Tagen gesund sein werde.

Amerika

45 sozialistische Zeitungen in Amerika verboten

Die Vereinigung zum Schutze der bürgerlichen Freiheit in Neuyork veröffentlicht, wie dem Kopenhagener „Socialdemocrat" gemeldet wird, eine Liste über die Zensurverbote, die die amerikanischen Postbehörden bisher verhängt haben. **Nicht weniger als 80 Zeitschriften und Tagesblätter sind der Zensur zum Opfer gefallen, darunter nicht weniger denn 45 sozialistische Blätter.** 4 sozialistische Zeitungen sind von der Postbestellung ausgeschlossen, darunter ein russisches. Zwei große sozialistische Tageszeitungen in englischer Sprache, „New York Call" und „Milwauke Leader" sind gleichfalls der Zensur verfallen. Unter den verbotenen Wochen- und Monatszeitschriften ist besonders das große kunsttechnische sozialistische „Monatsmagazin" hervorzuheben. Die große jüdische Neuyorker Zeitung „Vorwärts" ist mit dem gleichen Verbot bedroht und entgeht dem angeblich nur, weil es sich verpflichtet hat, nichts über den Krieg zu schreiben.

Wie die „J. K." mitteilt, wurde Genosse Louis Werner, der seit fast 40 Jahren Chefredakteur des sozialistischen „Philadelphia Tageblattes" ist, Ende vorigen Jahres mit dem gesamten Redaktionspersonal wegen „Treason" (Hoch- und Landesverrat) verhaftet. Jetzt ist er mit seinen Genossen vom Schwurgericht freigesprochen worden.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg

Groß-Circus-Corso Krone

Danzig, Karrenwall

ist mittels 2 Sonderzügen eingetroffen.

Erste Vorstellung:

Sonnabend, 8. Juni

7½ Uhr.

191

In dem **Weltstadt-Spielplan** wirken mit

die bestdressierten Tiere

10 Elefanten, Löwen, Tiger, Eisbären, Nilpferd Nora, Zebras, Zebroiden, Kamele, Zebus, Antilopen, Hirsche, Lamas, Pferde und Hunde.

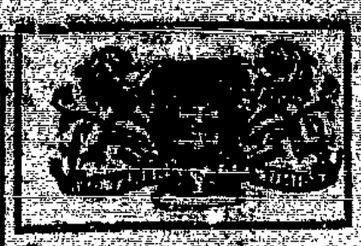
die hervorragendsten Künstler

Akrobatinnen zu ebener Erde, Hochbarn-Artisten, Tänzerinnen auf dem Drahtseil, Reiter und Reiterinnen, Lasso- u. Messerwerfer, die besten Spaßmacher Deutschlands usw.

Nur kurze Zeit!

Karten-Vorverkauf ist eröffnet bei der Firma

Gebr. Freymann, Kohlenmarkt.



Kurhaus u. Strandhalle Brösen

Eigene gr. Konditorei • Konzert-Kaffeehaus • Leistungsfähiger Wirtschaftsbetrieb

Empfohlene Ausflugsstätte für Familien und Vereine.

194

Am Sonntag ab 3 Uhr nachm. **Kur-Konzert** bei freiem Eintritt

Paul Jbold.

Kurhaus Westerplatte

Morgen Sonntag

Großes Doppel-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Grenadier-Regiments König Friedrich I. (aus dem Felde beurlaubt), Leitung: Königl. Musikdirektor Herr H. Wilke und der Kurkapelle, Kapellmeister Herr Georg Maleschky, Violin-Virtuose.

Die Konzerte der Kurkapelle finden täglich statt.

178 Max Klemowitz.

Zur Ostbahn

Jeden Sonntag

Grosses Konzert

Empfehle den werten Vereinen in Gesellschaft die

Besichtigung von Hoenes Park

Entfernung von der Elektrischen Bahn 2 Minuten

F. Matheslus.

Elbing

Nährmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 10. bis 16. Juni 1918

Montag: 7 Pfd. **Kartoffeln** (Kartoffelmarke für die Woche vom 10. bis 16. Juni 1918).
Dienstag: 1 **Maggiwürfel** (Nährmittelmarke)
Mittwoch: ¼ Pfd **Morgentrank** (Kinderzusatzmarke)
Donnerstag: 1 Pfd. **Gemüsekonserven** (Nährmittelmarke)
Freitag: ½ Pfd. **Kunsthonig** (Nährmittelmarke)
Sonnabend: ½ Pfd. **Käse** (Zusatzmarke für Schwer- u. Schwerstarbeiter)

Freier Verkauf von **Knochenbrühwürfeln, Knochenbrühextrakt, Qualitäts-Extrakt** und **Nährhefe.**

Elbing, den 8. Juni 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Jeder darf radfahren

mit meinem erlaubnisfreien Drig.-Spiralfederreif 7.75, Holzreifen 6.25, Ia Hanfmantelreifen 17.50, Eisenring 11.—, elastisch. Feder-Holzreifen 13.— Mk., alle p. Stück. Kann jeder auf jede Felge aufleg. Umtausch gestattet, also kein Risiko.

Tausende geliefert. Wiederverkäufer Rabatt. **Schlawe**, Berlin 3255, Weinmeisterstraße 4. 189

Fahrrad-Gummi-Reifen!!

gibt es nicht, aber für ca.

600 000

lieferte ich meine für jedes Rad passende

Fahrrad-Federreifen

ohne Werkzeug von jedermann sof. aufzumontieren.

Keine Beschlagnahme. Kein Schwindel

pro Stück nur M. 7,— per Nachnahme. Prosp. gratis.

Händler gesucht.

Kohlhoff Radreifen-Gesellschaft Berlin N, Rosenthaler Str. 1.

In freien Stunden Heft 15 Pfennig Buchhdlg. Volkswacht

Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabfolgt:

1. Von Montag, den 10. bis Sonnabend, den 15. Juni:

a) Auf die Marke **5** der Kartoffelkarte Nr. 29 **4 Pfund** und auf die Marke **6** **3 Pfund**, zusammen also **7 Pfund Kartoffeln.**

b) Auf die Marke **9** der Speisefettkarte **62,5 Gramm Butter.**

2. Von Dienstag, den 11. bis Sonnabend, den 15. Juni:

a) Auf die Marken **35** und **35 K** der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken **30** und **30 K** der Lebensmittelkarte für Erwachsene und für Kinder in den Nachbargemeinden für Erwachsene **125 Gramm Mühlenerzeugnisse,** für Kinder **125 Gramm Kindergerstenmehl.**

b) Auf die Marken **36** und **36 K** der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, und auf die Marken **31** und **31 K** der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden **je zwei Stück Knochenbrühwürfel** zu dem darauf aufgedruckten Preise.

c) Auf die Marken **37** und **37 K** der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken **32** und **32 K** der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden **je 1 Pfd. Marmelade** zum Preise von 92 Pf. Die Menge gilt für 14 Tage.

d) Auf die Marke **13** der Danziger Lebensmittelzusatzkarte für Leute über 60 Jahre und auf die Marke **14** der Lebensmittelzusatzkarte für Leute über 60 Jahre in den Nachbargemeinden **je eine Büchse Sardinen in Brühe** zum Preise von **1.30 Mk.**

Die Waren sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mühlenerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.

Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.

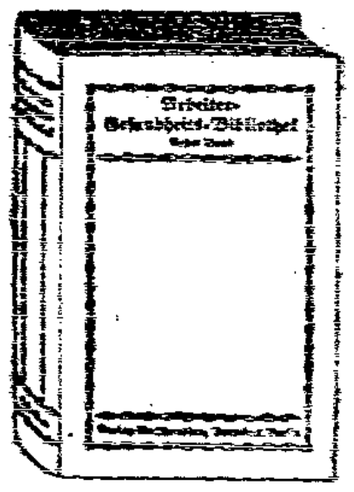
Bei Einreichung der Marken 37 und 37 K, 32 und 32 K an die Verteilungsstelle A. Eisen, Melzergasse 18, sind die verbliebenen Restbestände an Marmelade anzugeben.

Danzig, den 4. Juni 1918. 19

Der Magistrat.

Notizbücher, Briefpapier, Feldpostkarten, Kartenbriefe, Tintenstifte und andere Schreibutensilien kaufen Sie vorteilhaft in der **Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32**

Ein Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!



Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch enthält viele Abbildungen und ein zerlegbares Modell des menschlichen Körpers.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. — Der Achtstundentag. Von Dr. Jadasch. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bergstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Reinold. — Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von J. Rosier-Mannheim. — Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Jadasch.

Preis gebunden 5 Mark.

Volkswacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesgasse 32.

Der wahre Jakob farbig-illustrierte Zeitschrift für Humor und Satire Buchhandlung Volkswacht

Für den Haushalt

Stahlwaren

Gemüsemesser	65	45 ₰
Tischmesser		95 ₰
Taschenmesser m. Korkenzieh.		1.35
Scheren prima Stahl		95 ₰
Teelöffel	65	30 ₰
Eßlöffel	1.35 75	45 ₰
Tafelbestecke mit schwarzem Holzgriff Paar		3.75

Bürstenwaren

Scheuerbürsten	2.10 1.85	1.75
Wichsbürsten	2.75 1.85	1.25
Kleiderbürsten	4.75 3.00	2.00
Topfbohner	1.00 75	28 ₰
Staubwedel	2.50 1.00	50 ₰
Handfeger	5.25 4.00	3.25
Schrubber	3.75 2.50	1.85

Blechwaren

Kaffeesiebe	85	50 ₰
Kaffee- und Zuckerdosen		65 ₰
Königskuchenformen	95	85 ₰
Springformen	3.25	2.25
Plätteisen für Gas	2.75	95 ₰
Feldpostdosen	1.00 75	60 ₰
Kohleneisen	7.75	6.75

Glaswaren

Wassergläser	25	22 ₰
Glasteller	85 60	35 ₰
Milchsatten	55 45	35 ₰
Schüsseln rund	1.85	1.35
Wasserkannen		1.25
Blumenvasen	1.85 1.65	95 ₰
Käseglocken	3.25	2.25

Ein Waggon

Emaillewaren

bes. Qualität

Kummen weiss	90	70 ₰
Kaffeekocher weiss		95 ₰
Teller farbig		65 ₰
Schüssein grau	1.50 1.25	95 ₰
Schöpflöffel	1.65 1.45	1.25
Kasserollen blau	2.00 1.75	1.50
Bratpfannen Kölnische	3.75	2.75
Kaffeekannen weiss		2.75
Essenträger weiss, 3teilig		2.85
Pfannen mit Griff	3.75	3.25
Schmortöpfe mit Deckel	3.75	2 95
Fleischtöpfe grau, m Deck.	4.25	3.50
Gemüseschüssein	3.25	1.65
Waschtöpfe verzinkt	17.50	15.50
Eimer	7.50	3.50

Konservengläser, Braune Steinzeugtöpfe, Honig- u. Geleegläser in allen Größen zu billigen Preisen

Gebrüder Freymann G. m. b. H.